

Nach dem Mauerbau – auch die Untersuchung dieser Zeit scheint mir sehr wichtig – ist festzustellen, daß auf allen gesellschaftlichen Ebenen, einschließlich der SED, eine riesige Disziplinierungswelle stattfindet. Die Zahl der Verhafteten steigt extrem an und ist etwa vergleichbar mit den Monaten Juli/August 1953. Bis nach dem Mauerbau sind solche Zahlen nie mehr aufgetreten.

Die Disziplinierung erstreckt sich aber beispielsweise auch auf die Universitäten. Es ist von den Vertretern der sogenannten systemimmanenten Betrachtungsweise immer wieder behauptet worden, daß gerade die Intelligenz in der DDR der eigentliche Faktor sei, der die Reformen in Gang setzen wird. Meines Erachtens ist die Intelligenz bis 1961 schon heruntergewirtschaftet gewesen. Die Hochschulen waren längst nicht mehr die Stätten von Kreativität. Aber nach dem Mauerbau ist der entscheidende Schub gekommen. Man kann in den Akten beispielsweise nachlesen, daß 1962 nur 32 % aller Hochschullehrer überhaupt die Qualifikation hatten, die eigentlich für einen Hochschullehrer notwendig war. Das zeigt den intellektuellen Niedergang, der in dieser Zeit bereits eingetreten ist.

Es zeigte sich auch, daß die verstärkte Militarisierung innerhalb der DDR vorangetrieben wurde. Die Wehrpflicht wurde beispielsweise im Herbst 1961 eingeführt. Dagegen wurde in den Schulen extrem protestiert. Zum Beispiel sind in der Oberschule in Anklam Oberschüler in schwarzen Hemden und mit schwarzen Fahnen zum Unterricht gekommen und haben gesagt: Wir tragen heute unsere Zukunft zu Grabe. Das hat Ulbricht zum Anlaß genommen, eine breite Disziplinierungskampagne innerhalb der DDR-Volksbildung einzuleiten. Das hat Hunderte von Lehrern die Jobs gekostet. Gerade in der ersten Zeit nach dem Mauerbau war der Anteil der Lehrer an den Flüchtlingen sehr hoch.

Es tut mir leid, daß ich die Zeit vielleicht etwas überschritten habe. Ich glaube aber, daß diese wenigen Fakten doch ein gewisses Bild von der inneren Verfassung der DDR- Gesellschaft zwischen 1958 und dem Herbst 1961 geben.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall)

Gesprächsleiterin Dr. Dorothee Wilms (CDU/CSU): Ich glaube, es war wichtig, daß Sie sozusagen das Umfeld dargestellt haben, daß wir Berlin nicht isoliert sehen, sondern daß die Vorgänge in Berlin auch in sehr engem Kontext mit den Vorgängen in der DDR waren. Das ist ein wichtiger Bezugspunkt.

Wir treten jetzt in die Diskussionsrunde ein. Ich darf Herrn Professor Mahncke und Herrn Dr. Wolle bitten, hier vorn Platz zu nehmen. Sie werden gleich noch Gelegenheit haben, zu Anmerkungen oder an Sie gerichteten Fragen Stellung zu nehmen. Ich darf noch einmal in Erinnerung rufen, was wir einvernehmlich festgelegt hatten: Wir machen jetzt eine etwas längere Runde mit Fragen oder ergänzenden Bemerkungen, und zwar mit jeweils zwei Kollegen der großen Fraktionen und jeweils einem Kollegen der kleineren Fraktionen bzw.

Gruppen. Wenn es Ihnen recht ist, nehme ich die Worterteilung so vor, daß jeder zunächst einmal dran ist.

Abg. Meckel (SPD): Ich will noch einige Ergänzungen zu dem machen, was Dr. Wolle uns dargestellt hat. Ich erinnere daran – ich weiß gar nicht mehr, wann es war –, daß die Straßenschranken an der Grenze Berlins eingerissen wurden.

(Sv. Martin Gutzeit: 1973 war das!)

– 1973?

Das war für jemanden, der in Berlin lebte, eine ausgesprochen auffällige Erfahrung, da es ja mit den konkreten Lebensbedingungen zu tun hatte. Damals ist auch die Zuzugsgenehmigung, die man vorher brauchte, weggefallen. Bis dahin brauchte man eine staatliche Genehmigung, um nach Berlin zu ziehen.

Besonders wichtig war in den letzten zwanzig Jahren die Berliner Möglichkeit der Kommunikation. Es war für alle Teile der DDR wichtig, daß es die Möglichkeit gab, jemanden einzuladen, der dann auch kommen konnte. In Berlin war es überraschend und sofort möglich, daß man sich treffen konnte. Diese Kommunikation hat eine ganz besondere Rolle gespielt, etwa im Vergleich zu Dresden und anderen Orten. Das gilt auch für die Journalisten. Deren Informationen aus Regionen außerhalb Berlins waren doch relativ zufällig. Natürlich waren sie in Berlin auch zufällig, aber doch mit einer sehr viel größeren Breite. Die Möglichkeit, nach West-Berlin zu telefonieren, die es nur in Berlin gab, ist schon erwähnt worden. Gerade dieser Sonderstatus der Kommunikationsmöglichkeit, der nicht nur für die Opposition, sondern für alle bestand, spielte eine ganz zentrale Rolle.

Und dann das Leben mit der Mauer. Für mich persönlich kann ich sagen, daß sie schon fast zum selbstverständlichen Stadtbild gehörte. Das heißt, man ging daran vorbei, ohne daß sie ein unmittelbares ständiges Ärgernis war. Man mußte sie sich als ein solches immer wieder ins Bewußtsein rufen. Natürlich war das am Brandenburger Tor offensichtlicher; aber in anderen Teilen Berlins, wo man auch ständig an Mauern stieß, trifft das zu. Für mich selbst gilt auch, daß ich die Geographie West-Berlins kaum kannte, d.h., wenn ich an eine Straße kam, die dann zu Ende war, nicht immer sofort sagen konnte, wie die Straße dahinter heißt, z.T. sogar nicht einmal wußte, wie der Stadtbezirk dahinter heißt. Dies war wirklich auch im Bewußtsein eine geteilte Stadt. Ich habe gerade nach dem November 1989 die Erfahrung gemacht, daß sehr viele sich einfach nicht auskannten. Sich in seiner Heimatstadt nicht auszukennen als einer, der so um die 40 war, das gab es nur in Berlin!

Dem, was Herr Wilke in bezug auf den 9. Oktober gesagt hat, stimme ich voll zu, wobei ich in Erinnerung rufen möchte: Es war nicht nur Leipzig. Leipzig ist die größte Stadt mit den meisten Menschen gewesen; aber es gab noch eine ganze Reihe von anderen Städten, wo Militär oder

Kampfgruppen aufmarschiert waren – ich selber habe es mit etwa 8.000 Leuten im Magdeburger Dom erlebt –, die dann eben auch nicht schossen. Es ist wichtig, vielleicht auch einmal zu untersuchen, wo überall dergleichen geschah. Leipzig als Symbol will ich ja gar nicht kaputtmachen, aber es ist eben ein Symbol für sehr viele andere Städte.

Das letzte ist die Frage des 4. November. Hier unterscheiden sich unsere Interpretationen. Der 4. November und die Veranstaltung, die hier in Berlin stattfand, hatte für die konkreten Abläufe der Ereignisse des Herbstes 1989 nicht die große Bedeutung, die ihnen oft zugeschrieben wird. Die Akteure in der Vorbereitung waren ganz andere als die, die dann zum Runden Tisch hinführten. Es war eine Künstlergruppe. Man sehe sich auch an, wer da alles redete – von Markus Wolf bis Schorlemmer über Christa Wolf und Heym. War das ein Spektrum, das dann wirklich zu den systemverändernden Entwicklungen geführt hat – oder nicht? Wenn man sich die Reden ansieht, muß man das für den 04. November bezweifeln. Das klang alles ähnlich dem Neuen Forum, nach dem Motto: Es muß sich etwas ändern! Aber was, in welcher Richtung, mit einer veränderten SED oder mit dem Sturz des Systems – das war am 4. November zumindest bei denen, die dort agierten, überhaupt nicht so klar, wie es hier beschrieben worden ist.

Abg. Koschyk (CDU/CSU): Ich glaube, die Tatsache, daß das geteilte Berlin, wie Herr Professor Mahncke sich ausgedrückt hat, von der DDR und der Sowjetunion – am Schluß sicher viel stärker von der DDR – als Faktor einer möglichen Destabilisierung der DDR empfunden worden ist, ist ja auch beim „40jährigen Jubiläum“ der DDR sehr deutlich geworden. Vielleicht könnten vor allem unsere Sachverständigen, die damals im Ostteil Berlins gelebt haben, das noch einmal deutlich machen.

Ich wollte zu diesem Zeitpunkt bei einem Besuch im Westteil der Stadt in den Ostteil der Stadt, und der war zu dieser Zeit für Westbesucher völlig abgeriegelt. Die DDR hat ihr 40jähriges Jubiläum in der „Hauptstadt der DDR“ gefeiert und dabei die Stadt gegenüber Besuchern aus dem Westen völlig abgeriegelt. Mir und sehr vielen Besuchern im Westteil der Stadt ist es nicht möglich gewesen, damals in den Ostteil der Stadt zu kommen, um dieses Spektakel im Zusammenhang mit dem Besuch von Gorbatschow mitzerleben. Das zeigt, daß die Angst vor der Rolle Berlins als Faktor der Destabilisierung nach meinem Dafürhalten bis 1989 angehalten hat. Ich wollte das zur Ergänzung sagen, weil diese 40-Jahr-Feier in Ihren Stimmungs- und Situationsberichten nicht sehr deutlich angeklungen ist.

Ich habe zwei Fragen, einmal an Herrn Professor Mahncke, zum anderen an Herrn Professor Soell.

Zunächst an Herrn Professor Mahncke: Ich teile Ihre Auffassung, daß das offensive Vertreten des westlich-alliierten Rechtsstandpunktes und auch des westlichen Engagements in und für Berlin eine wesentliche Voraussetzung

für das Offenhalten der deutschen Frage gewesen ist. Aber Sie haben an einer Stelle auch – nur mit einem Halbsatz – von „Nageversuchen“ an diesem Berlin-Status aus bundesrepublikanischer Sicht und von bundesrepublikanischer Seite gesprochen. Hingen diese Nageversuche am Berlin-Status zu bestimmten Zeiten deutscher Ostpolitik auch mit damals allgemeinen Aufweichungstendenzen in Fragen der Behauptung der Rechtsposition in der Deutschlandfrage zusammen?

Ich glaube, es ging damals nicht nur um Aufweichung von Fragen, die mit dem Viermächtestatus von Berlin im Zusammenhang standen, sondern es ging allgemein um die Frage, ob man nicht bestimmte Positionen in der Deutschlandfrage für deutschlandpolitische Erfolge relativieren sollte.

Ich hätte von Ihnen auch gern noch etwas zum Dissens über das Viermächteabkommen gehört. Die DDR hat dies ja als vierseitiges Abkommen über „Westberlin“ bezeichnet. Ich kann mich erinnern, daß ich einmal in einer Ausgabe des Neuen Deutschland eine ganz abenteuerliche Deutung gelesen habe, wer denn diese vier Seiten des „Vierseitigen Abkommens über Westberlin“ sind. Da waren eine Seite die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges, die zweite Seite die DDR, die dritte Seite die BRD und die vierte Seite West-Berlin als selbständige Einheit. Daß ein Viermächteabkommen der vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges über Berlin zu einem solchen vierseitigen Abkommen gemacht werden sollte, bei dem eine beteiligte Seite ein selbständiges Völkerrechtssubjekt „Westberlin“ sein sollte, zeigt doch, daß dieses Viermächteabkommen von DDR-Seite und sowjetischer Seite von vornherein auf völkerrechtlichen und rechtlichen Dissens angelegt war.

Jetzt eine Frage an den Kollegen Professor Dr. Soell: Ich glaube, es ist unbestreitbar, daß es bei Adenauer Vorbehalte gegen Berlin und Preußen gegeben hat. Ich habe eigentlich diese Vorbehalte bei Adenauer immer sehr stark aus seiner Gegnerschaft zum Nationalsozialismus interpretiert. Herr Professor Dr. Soell, liebe Kolleginnen und Kollegen, der diesjährige Friedenspreisträger des Deutschen Buchhandels, Herr Schorlemmer, hat das ja auch auf einen interessanten Nenner gebracht. Wer seiner Rede am Sonntag zugehört hat, weiß, daß er gesagt hat: Ich bin für Berlin; ich bin für einen schnellen Umzug nach Berlin; aber wir müssen in Berlin beweisen, daß die alten Geister wirklich in ihren Gräbern bleiben und nicht mehr herauspringen.

Ist es deshalb nicht, Herr Professor Soell, etwas überspitzt und überinterpretiert, aus Adenauers – aus seiner tiefen Gegnerschaft zum Nationalsozialismus resultierenden – Anti-Berlin-Haltung jetzt eine Anti-Wiedervereinigungshaltung Adenauers zu konstruieren? Ich glaube, daß die Adenauersche Deutschlandpolitik sehr wohl gewußt hat, welche Rolle die Berlinfrage in der Deutschlandfrage vor allem im Hinblick auf den Rechtsstandpunkt spielt – ein

hoher Beamter des Auswärtigen Amtes, der heute bei den Vereinten Nationen sitzt, hat das einmal „das zerbrechliche chinesische Porzellan“ genannt.

Daß ein Herausbrechen z. B. der Berlinfrage oder anderer Fragen wie der Staatsangehörigkeitsfrage – die ja dann in Deutschland-West diskutiert wurden – insgesamt eine Gefährdung des gesamten Standpunktes und des rechtlichen, auch völkerrechtlichen Fundaments für die offene deutsche Frage gewesen ist, wird man bei Adenauer wohl nicht herauslesen können.

Gesprächsleiterin Dr. Dorothee Wilms (CDU/CSU): Wir werden gleich eine Antwortrunde machen, so daß wir die Fragen im Moment so stehen lassen.

Sv. Prof. Dr. Hans-Adolf Jacobsen: Herr Kollege Mahncke, ich habe mit großem Interesse Ihre Ausführungen über Berlin gelesen. Sie sind meiner Meinung nach sehr ausgewogen und zeigen vor allem, welche Möglichkeiten wir heute haben, zu neuen Ergebnissen auf diesem Gebiet zu kommen.

Erlauben Sie mir, einen kurzen Hinweis zu dem zu geben, was Sie nicht gesagt haben, und dann zwei Fragen zu stellen, die prinzipieller Natur sind. Einmal glaube ich, vor dem Hintergrund des Wettkampfes der Systeme, zu dem ich mich heute nachmittag noch äußern werde, ist es nicht adäquat, so zu formulieren, wie Sie es im Zusammenhang mit der zweiten Berlin-Krise, 1958 bis 1961, getan haben, also: „Chruschtschows Abenteuerpolitik“. Ich glaube, das muß man im Gesamtzusammenhang der sowjetischen Strategie sehen, im Sinne der „friedlichen Koexistenz“ den Sieg des Kommunismus auf andere Weise sicherzustellen, eben auch in Berlin. Aber das nur als Randbemerkung. Darüber kann man vielleicht noch intern diskutieren.

Aber nun zwei, wie mir scheint, wichtige Fragen, vor allem eine zentrale Frage, die mir hier bisher überhaupt zu kurz gekommen ist.

Die erste Frage. Ich weiß nicht, ob Sie richtig formulieren, wenn Sie die Ausführungen Kennedys aus dem Jahre 1961 wirklich wörtlich nehmen, d. h. seine Erklärung, er würde notfalls einen Nuklearkrieg für Berlin riskieren wollen. Sie haben noch in einer Anmerkung das Gespräch von Dulles erwähnt usw.

Ich frage mich: Ist das nicht doch mehr im Rahmen des Verbalismus eine Drohgebärde gewesen? Wenn wir das nachweisen wollen, können wir das nicht dadurch tun, daß wir nun auf bestimmte Zitate von einzelnen Politikern hinweisen: Wenn ihr Berlin angreift, werden wir uns notfalls nuklear betätigen! Vielmehr müssen wir ja in der Lage sein, auch wissenschaftlich zu untersuchen und zu klären, ob entsprechende Vorbereitungen auf nuklearem Gebiete getroffen worden sind, um notfalls einzugreifen. Sie haben einige Aspekte des konventionellen militärischen Einsatzes erwähnt, aber nicht zu der Frage Stellung genommen, ob die amerikanische Regierung auf dem Nukleargebiet tatsächlich entsprechende Vorbereitungen getroffen hat.

Einer der wohl besten Sachkenner auf diesem Gebiet, mein amerikanischer

Kollege Biala, hat meines Erachtens vollkommen zu Recht darauf hingewiesen, daß ein Grundkonsens zwischen SU und Amerika weltpolitisch eigentlich seit den 50er Jahren darin bestanden hat, alles zu tun, um einen Nuklearkrieg zu vermeiden. Ich habe Bedenken, so konkret zu formulieren, daß Kennedy das als Drohgebärde benutzt und gesagt hat: Wagt es ja nicht, Berlin anzufassen! Berlin war ja der große Prüfstein für die westliche Allianz, unbestritten. Aber ob man das wirklich in der Politik nachweisen kann, wage ich zu bezweifeln.

Jetzt die vielleicht noch wichtigere Frage. Was mir bisher bei Ihren Ausführungen und denen der anderen Kollegen zu kurz gekommen ist, ist die Grundfrage: Welche Bedeutung hatte eigentlich das Ende der zweiten Berlin-Krise, August 1961, für die spezifische Deutschlandpolitik? Sie wissen, es gibt Vertreter folgender Auffassung – und vieles spricht dafür: Der 13. August 1961 zeigt das Scheitern der Adenauerschen Deutschlandpolitik, weil zu diesem Zeitpunkt klar wird, daß mit dem Mitteleinsatz, von dem Adenauer damals aus sicherlich subjektiv berechtigten Gründen überzeugt war, das Ziel der deutschen Einheit nicht verwirklicht werden konnte – „Politik der Stärke“ und wie die Formeln alle hießen.

Das heißt, wir müssen uns noch mehr als bisher mit dieser Frage beschäftigen. Wir wissen ja, daß nach dem 13. August zweierlei geschah, einmal auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen – das müßte auch vertieft werden –, zum anderen – davon werden wir noch zu sprechen haben – im Bereich der Innenpolitik. Das Scheitern dieser Politik, mit dem Mitteleinsatz von Adenauer zum Ziel zu kommen, führt ja dann bei Brandt und anderen zu der Einsicht: Wir müssen anders vorgehen; Stichwort: durch antagonistische Kooperation die Sache auflockern.

Aber auch im internationalen Bereich, Herr Mahncke, zeigt sich doch – da kommen die Punkte sehr schnell zusammen –, daß für die Westmächte der 13. August doch so etwas wie ein Einfrieren der deutschen Frage geworden ist: die Anerkennung des Status quo; wir müssen anders vorgehen. Und wir wissen ja, daß die deutsche Ostpolitik seit 1969 im wesentlichen die Reaktion auf die internationalen Entspannungsbemühungen unserer amerikanischen, britischen und französischen Verbündeten gewesen ist. Ich glaube, daß wir hier noch tiefer bohren müssen; denn es zeigt sich, daß nach dem 13. August 1961 auch die Prioritätenfolge anders gesetzt wurde: erst Entspannung, Abrüstung, und am Schluß die Einheit Deutschlands.

Wenn wir das noch ein bißchen ausführlicher diskutieren, wäre das sehr hilfreich für die Gesamtdiskussion unserer Kommission.

Abg. Poppe (Bündnis 90/Die Grünen): Ich will nur ein paar ergänzende Anmerkungen zu einigen Beiträgen machen. Es wurde mit Recht die besondere Versorgungsfunktion für Ost-Berlin angesprochen, was natürlich nicht nur eine Schaufensterangelegenheit war, sondern insbesondere auch die Versorgung der zahlreichen Funktionäre betraf. Die waren natürlich in Berlin sehr viel

stärker präsent als in anderen Teilen der DDR. Damit war das ein echtes Privileg, das sehr viel Unmut und Frust in anderen Teilen der DDR erzeugte, das Ausreisegrund wurde und dergleichen mehr, aber auch in gewissen Bereichen in anderen Städten der DDR ein Widerstandspotential erzeugte. Das war gerade diese besondere Rolle der sogenannten Hauptstadt. So wie West-Berlin die ständige Herausforderung für die Ost-Berliner war, war es Ost-Berlin mitunter für die sogenannte Provinz. Mich hat ein bißchen gewundert, daß niemand Berlin 1968 erwähnt hat, die Studentenbewegung im Westen. Sie hat in der Tat doch eine gewisse Rolle gerade bei der Herausbildung von oppositionellen Haltungen in der DDR, in Ost-Berlin gespielt. Das hatte sicherlich damit zu tun, daß gewohnte Autoritäten in Frage gestellt wurden, auch ein Generationskonflikt zum Tragen kam, der natürlich auf andere Weise im Osten auch vorhanden war. Parallel dazu fand, worüber wir ja morgen sprechen werden, in Prag der „Prager Frühling“ statt. Diese Kombination einer antiautoritären Bewegung in West-Berlin und von Reformversuchen in Prag – wenngleich sie von oben kamen – hat auf die Entwicklung in Ost-Berlin und in der DDR großen Einfluß gehabt, auf die Entwicklung einer politischen Diskussion, die Gewohntes in Frage zu stellen viel stärker bereit war, als das vorher der Fall war.

Ich würde nicht unterschätzen, was dadurch im einzelnen ausgelöst wurde, auch wenn es nicht immer den Intentionen derer entsprach, die es auslösten. Es hatte mitunter ganz andere Auswirkungen.

In dem Zusammenhang kann man in Ergänzung zu Stefan Wolle auch eine Anekdote erzählen. So etwas wie am Brandenburger Tor gab es natürlich auch schon früher, unter anderem das Gerücht, daß die Rolling Stones, deren Name vielleicht vielen geläufiger ist als David Bowie, auf dem Springer-Hochhaus spielen sollten, was sie natürlich nicht taten. Aber diese Meldung löste nahezu eine Völkerwanderung von Jugendlichen, ziemlich aufmüpfigen Jugendlichen, in Richtung dieses Springer-Hochhauses, also in das Stadtzentrum von Berlin, aus, die mit brutaler Konsequenz von der Polizei, von der Staatssicherheit niedergeschlagen wurde. Dies war auch gegen Ende der sechziger Jahre.

(Abg. Meckel (SPD): Zum 20. Jahrestag!)

– Ja, 1969. Und es war auch so ein bißchen auf das bezogen, was ich vorher nannte, nämlich diese Bewegungen in West-Berlin, die dann ja auch ihre Ausstrahlungen hatten.

Ich unterstütze nachdrücklich das, was Markus Meckel zu den Kommunikationsmöglichkeiten gesagt hat. Hier gab es insbesondere für die sich herausbildende Opposition in Berlin natürlich sehr viel bessere Möglichkeiten als überall woanders. Sicher ist ja auch der 9. Oktober 1989 in Leipzig nicht einfach so aus dem Nichts gekommen, sondern ihm ging eine jahrelange Entwicklung der verschiedenen Gruppen voraus, die zum einen wahrscheinlich an ihren eigenen Informationsdefiziten zugrunde gegangen wären, zum

anderen auch eine gewisse Schutzfunktion nicht gehabt hätten, hätte es nicht diese Kontaktmöglichkeiten in Berlin – mit Tagesbesuchern aus dem Westen, Politikern, Künstlern usw. – gegeben, Kontakte zu seinerzeit hier akkreditierten Journalisten, die in dieser Zeit ausgesprochen wichtig waren. Das alles waren Möglichkeiten, die es in anderen Städten sehr viel schwächer oder nur zufällig oder gar nicht gab, was also immer eine besondere Rolle für die Herausbildung der Opposition in der DDR, in dieser Stadt Berlin gespielt hat, wenn es auch dann nachher einen gewissen Umschwung in Richtung Leipzig gab, was jedenfalls das Jahr 1989 angeht.

Mit Recht wurde die gewaltige Rolle der Medien erwähnt. Um so bedauerlicher die jetzige Entwicklung, muß ich anmerken. Das Verschwinden von RIAS Berlin und das Aufgehen in irgend so einem bisher noch unklar profilierten Sender bedaure ich außerordentlich. (Beifall von Sv. Dr. Armin Mitter)

Wenn ich morgens hier Radio höre, erwische ich fast nur Brandenburger Lokalnachrichten. Das ist eine Sache, die mich zunächst mal sehr verwundert hat, ein gewisser Provinzialismus, der sich nach dem Öffnen der Mauer – auch in West-Berlin – herausstellte. Auch die West-Berliner waren ummauert!

Ich hatte ja noch Gelegenheit, als Zwanzigjähriger vor dem Bau der Mauer sehr oft in West-Berlin zu sein. Das machte auf mich immer einen ausgesprochen weltstädtischen Eindruck, während ich nach der Maueröffnung Ende 1989 doch verwundert war, was es für Nischen und für Provinzen innerhalb dieser Großstadt gab. Das veranlaßt mich zu der Frage: Wie sieht es denn nun aus mit der Hauptstadt Berlin?

Ich möchte Herrn Mahncke noch einmal fragen. Er sagte, seit 1957 hätte es da so Vorbereitungen gegeben. Erwähnt haben Sie das Beispiel mit dem zweiten Sitz des Bundespräsidenten. Aber mich würde interessieren: Hat es denn noch weitere Vorbereitungen gegeben, oder sind die 1961 abgebrochen worden? Oder was ist da geschehen? Wenn man sich gegenwärtig die Situation ansieht, kann man nicht davon ausgehen, daß es hier besondere Vorbereitungen gibt. Eine letzte Anmerkung zum 4. November 1989. Auch hier teile ich weitgehend die Meinung von Markus Meckel. Darüber hinaus aber möchte ich folgendes sagen. Die Vorbereitung war natürlich auch schon eine gewisse Inszenierung. Es war kein Zufall, daß dort Schabowski und Markus Wolf und ähnliche sprechen konnten und daß andere, die sprechen sollten, z. B. aus der Opposition, nicht zugelassen wurden und ihnen hinter der Bühne der Weg zum Podium versperrt wurde. Es war sicherlich zum einen eine große Demonstration, wo eine halbe Million Menschen ihren Unmut ausdrückte, zum anderen der verzweifelte Versuch, bestimmte Leute für die Zukunft zu installieren. (Beifall)

Aber das Wichtige an dieser großen Demonstration war, daß die halbe Million sich von Herrn Schabowski, von Herrn Markus Wolf verabschiedet hat, daß sie

ausgepiffen wurden. Insofern war dieser 4. November natürlich schon eine deutliche Vorbereitung für den 9. November.

Gesprächsleiterin Dr. Dorothee Wilms (CDU/CSU): Ich habe eine Fülle von Wortmeldungen, vorher aber noch zwei davon, die verabredungsgemäß eine etwas längere Darstellung geben können; das sind Frau Kollegin Professor Wisniewski und Herr Dr. Faulenbach. Dann bitte ich allerdings, da wir eine Mittagspause machen müssen und unseren Kollegen auch noch Zeit zur Beantwortung geben wollen, daß die folgenden Redner sich kurz halten, sonst läuft uns der Vormittag aus dem Ruder.

Abg. Frau Prof. Dr. Wisniewski (CDU/CSU): Ich möchte auch ein bißchen West-Berlin schildern, wobei wir uns bis zum Mauerbau immer als eine Einheit mit den Ost-Berlinern fühlten. Ich habe von 1945 bis 1965 in Berlin, in West-Berlin gelebt; das war die Zeit meines Abiturs, des Studiums und der beginnenden Berufstätigkeit an der Freien Universität Berlin. Wenn ich an diese Zeit zurückdenke: Es ist für mich eine wichtige Zeit, in der sich so etwas wie eine Mentalitätsgeschichte unserer Nachkriegszeit feststellen läßt.

Ich kam also im September 1945 mit meinen Eltern und meinem Bruder nach Berlin. Wir waren Heimatvertriebene aus Pommern, und wir kamen in eine vollkommen zerstörte Stadt. Die Menschen lebten zusammengepfercht in den wenigen erhaltenen Häusern. Sie schlugen sich mehr schlecht als recht, auch mit Schwarzmarktgeschäften, durch. Sie suchten in Trümmern nach Holz, schlüpfen in Keller in der Hoffnung, etwas Eßbares zu finden, gingen stundenlang durch die Straßen, weil es ja keine Verkehrsmittel gab, zogen mit Handkarren aufs Land, um zu hamstern, und gerieten dabei oft genug in die russischen Sperren, und das mühsam Erbettelte mußte wieder abgegeben werden. Viel gefährlicher war es natürlich, Militärverpflegungstransporte um einige Säcke Getreide oder was auch immer zu erleichtern.

Für uns Heimatvertriebene – darauf lege ich jetzt Wert – war dies im Grunde genommen eine Erleichterung, denn es gab keinen Unterschied zwischen Einheimischen und Zugezogenen. Wir waren alle „Habenichtse“, denn die Berliner waren zum allergrößten Teil ausgebombt und genauso arm dran wie wir.

Jeder von uns, die wir nun hier in diese Stadt kamen, aber genauso die Berliner, die die Eroberung Berlins miterlebt hatten, wußten, was es heißt, von der Roten Armee erobert und beherrscht zu werden. Unvergessen war für alle, was an Vergewaltigungen, Hinrichtungen, Verschleppungen, Grausamkeiten aller Art gewesen war, andererseits auch wieder erinnerte man sich an Freundlichkeiten einzelner russischer Soldaten. Unvergessen und täglich neu zu besichtigen war auch das, was man als zivilisatorische Rückständigkeit einzelner Angehörigen der Roten Armee bezeichnete, und natürlich dann über viele Jahre, über Jahrzehnte hinweg die Berichte der DDR-Flüchtlinge über das, was sich in der DDR tat.

Dies alles, dieses Erleben, trug dazu bei, daß in Berlin ein alle verbindendes Bewußtsein herrschte. Es war ein Bewußtsein, das ich als „antirussisches Bewußtsein“ kennzeichnen möchte; denn man sprach immer von „den Russen“, nicht von „den Sowjets“. Und es entwickelte sich bei den Spannungen – wir haben ja viel von den Berlin-Krisen gehört, und das heißt ja für die Menschen, daß sie in ständiger Unsicherheit lebten; keiner von uns wußte, ob am nächsten Morgen noch alles so sein würde, wie es am Abend war –, zunehmend so etwas wie eine „Frontstadtmentalität“; und diese „Frontstadtmentalität“ verband alle.

Es entwickelte sich ein Bewußtsein – und es hielt sich in Berlin ziemlich hartnäckig –, das „die Amis“ – so hießen die Amerikaner – recht positiv sah; es gab natürlich Einzelercheinungen, daß jemand entgleiste. Aber man verstand sie schon sehr bald nicht als Besatzungsmacht, sondern als Schutzmacht, ohne die Berlin verloren gewesen wäre.

Andererseits wurden „die Russen“ kollektiv als Bedrohung empfunden. Dieses Grundempfinden hielt sich während der 20 Jahre, in denen ich in Berlin lebte, ziemlich unverändert. Als z. B. einmal eine Parade der westlichen Besatzungsmächte stattfand und amerikanische Panzer an uns Zuschauern vorbeizogen – man schaute eben zu, man ging zu den Paraden; die Menschen standen dichtgedrängt und schauten zu –, da rief eine Frau neben mir aus: „Diese Panzer sind unsere Friedenstauben!“ So dachten mehr oder minder alle in West-Berlin und auch in Ost-Berlin, ob alt, ob jung, ob arm, ob reich, ob CDU- oder SPD- oder LDP-Anhänger, ob Intellektuelle oder einfachere Menschen. Alle vereinte eine Antipathie gegen die Sowjetunion und ihre Politik.

Diese antisowjetische Haltung war mit einer antikommunistischen Haltung verbunden. Als im Winter 1945/46 die Kampagne für die Schaffung der Sozialistischen Einheitspartei begann, reagierten die Berliner höchst allergisch. Ich entsinne mich noch an mein eigenes Entsetzen, als ich Transparente, Fahnen und Umzüge sah, die nur allzusehr an das erinnerten, was wir gerade im Dritten Reich erlebt hatten.

Der totalitäre Charakter des im Ostteil der Stadt sich etablierenden Systems wurde gerade durch diese Embleme sehr deutlich und auch als solcher erkannt. Wieder kamen die Erinnerungen an die Erlebnisse aus dem Kriegsende und vom Beginn der sowjetischen Besatzungszeit. Die Menschen sahen den Kommunismus, den „real existierenden Sozialismus“, wie es dann hieß, in der sowjetischen Besatzungsmacht personifiziert und wandten sich voller Abscheu ab.

Das klingt nun alles sehr emotional und vielleicht auch unkritisch. Nur muß man die Lage der Berliner bedenken. Ich wiederhole: Wir lebten auf einer kleinen Insel, die westlich geprägt zu werden begann – das ging ja auch nur langsam –, und wir sahen uns umgeben von einem riesigen Gebiet,

erfüllt von Sowjetsoldaten, sowjetisch geprägt, die Bevölkerung von der Roten Armee teilweise unbarmherzig unterdrückt, zunehmend eben gerade von dem bedrückt und gequält, was Herr Mitter so deutlich herausgearbeitet hat: dieser Umstrukturierung der gesamten Gesellschaft. Es konnte einem tatsächlich bange werden, und, wie gesagt, man war täglich auf eine Aggression, Invasion oder ein Einverleibtwerden gefaßt.

In den späten Jahren brachte z.B. die unheimliche Situation durch den Knall, den es gab, wenn sowjetische Flugzeuge über West-Berlin die Schallmauer durchbrachen, ständige Nervosität, weil das ja auch eine sehr deutliche Sprache war.

Die Berliner Bevölkerung und nach dem Mauerbau vor allem die West-Berliner Bevölkerung der Jahre von 1946 bis 1961 und weiter bis 1968 war geprägt durch eine feste, entschlossene und unnachgiebige Haltung des Widerstandes gegen den Kommunismus. Für mich ist es ein aufregendes Phänomen, daß eine ganze Stadt von mehreren Millionen Menschen das zeigte, was man heute „widerständiges Verhalten“ nennt.

Das kam natürlich besonders zum Ausdruck, als vom Juni 1948 bis Mai 1949 die Blockade zu überstehen war. Das hieß für uns normale Leute: dauernde Stromsperren – ich habe meine Referate und Seminararbeiten bei einem kleinen Funzelchen geschrieben –, Beschränkungen des innerstädtischen Verkehrs, Nahrungsmittelzuteilung, Brennmaterialnot. Man hungerte und froh in jenem Jahr in Berlin über die Maßen. Aber man war entschlossen, trotzig entschlossen, durchzuhalten. Wir gingen gern auf den Trümmerberg auf dem Tempelhofer Feld und begrüßten die, wie sie hießen, „Rosinenbomber“.

Die „Amis“ wurden immer mehr zu Freunden, auf die man sich unbedingt verlassen mußte, aber auch verlassen konnte. Dies alles verband sich allmählich, sehr allmählich, mit dem Glauben an die freiheitliche Demokratie westlicher Prägung und mit spöttischer Ablehnung des sowjetisch importierten real existierenden Sozialismus, wie er uns nun in der DDR begegnete.

Ganz Berlin hörte bzw. sah die „Insulaner“; die Älteren werden sich daran erinnern. Das war eine Kabarett-Truppe, die es großartig verstand, Inhalt und Atmosphäre von DDR-Schulungsabenden und DDR-Wirklichkeit satirisch darzustellen. Nicht zuletzt wurden dabei die mehr oder minder offenen Kommentare der Figuren bejubelt, die DDR-Bürger verkörperten. Berliner und DDR-Bewohner verstanden sich trotz zunehmender Spaltung der Stadt in der Ablehnung des importierten Systems, weil sie eben dieselben Erfahrungen gemacht hatten.

Es mag merkwürdig klingen, aber wir geplagten West-Berliner dachten und hofften wirklich mit dem Refrain der „Insulaner – Sie kennen ihn vielleicht: „Der Insulaner verliert die Ruhe nicht, der Insulaner liebt kein Getue nicht, der Insulaner hofft unbeirrt, daß seine Insel wieder'n schönes Festland wird.“ Das war es, was uns erhielt.

Bekanntlich erzwang die Sowjetunion die Anbindung der Berliner Westsektoren an die jeweiligen Zonen im Westen Deutschlands, als sie sich weigerte, ganz Berlin mit Erzeugnissen aus der SBZ zu beliefern. Das war wohl der erste Aushungerungsversuch. Aber diese mehr oder weniger mühsam zu bewerkstelligende Anbindung sorgte dafür, daß West-Berlin im Laufe der Jahre, mit erheblichen Phasenverschiebungen gegenüber der Bundesrepublik, erfreulicherweise zum Schaufenster des Westens wurde. Ein Beispiel dafür: Wenn man aus dem Flugzeug den dunklen Ost-Berliner Teil und den helleren West-Berliner Teil sah, war der Unterschied zwischen diesen Systemen bildhaft.

Ein Wort zum Schluß. Das West-Berlin der fünfziger und frühen sechziger Jahre war ein großartiger kultureller Mittelpunkt, und von Anfang an gingen die Berliner in Konzerte, Oper und Theater und empfanden das als ihre Veranstaltungen, als ihre Gebäude. Die emotionalen Bindungen der Menschen an ihre Stadt waren es damals, die diese Stadt auch als Stadt der Freiheit erhalten haben. So ist es kein Wunder, daß 1948 die Freie Universität entstand. Anlaß waren Relegationen von Studentenvertretern der Humboldt-Universität. Die Ursache: Es hatte Artikel gegeben, Aufruhr unter den Studenten, Demonstrationen gegen die Zulassungspolitik. Als man merkte, daß nur Arbeiter- und Bauernkinder, wie es hieß, zugelassen werden durften, gab es die Forderung nach gleicher Zulassung für alle, Freiheit des Studiums usw. Es bildeten sich kleine Trupps, die die Professoren, die besonders verdächtig waren, zu beschützen versuchten; und wir Studenten, die jungen wie die älteren, gingen dann schließlich still und ohne uns auseinanderzusetzen hinüber an die Freie Universität. Ich habe semesterlang damit zugebracht, eine Seminarbibliothek aufzubauen, Bücher zu kaufen. Das alles war nicht unbedingt das, was man unter einem regulären Studium versteht; aber alles war eine großartige Bewährung in einer Haltung, die eben darin bestand, die Freiheit zu erhalten gegen diese Herausforderung.

Berlins große geistige Entfaltung geschah in den Jahren 1945 bis 1968. Und danach, merkwürdigerweise mit der relativen Sicherheit, kam nach dem Viermächteabkommen, beginnend mit den Studentenunruhen 1968, ausgerechnet in Berlin so etwas wie eine innere Unsicherheit. Der Konsens zwischen den Demokraten zerbrach. Plötzlich wußte man genau, wer CDU, wer SPD usw. war. Es stellte sich heraus, daß – für mein Empfinden und für viele, die es miterlebten, völlig unverständlicherweise – ausgerechnet in Berlin an der FU der Neomarxismus Fuß fassen konnte – dies war ja die Ursache für die Studentenunruhen – und daß Berlin, ausgerechnet West-Berlin, zu einer Stadt der Unruhe, der Krawalle und der Großdemonstrationen mit Ausschreitungen wurde. Und dies ging durch die Weltpresse. Dies hat uns, die wir es nur von fern miterlebten, sehr schockiert.

Noch mehr schockiert hat das, was Sie, Herr Poppe, sagten: der beginnende

Provinzialismus in West-Berlin. Bis 1968 war Berlin wirklich eine Weltstadt, eine Großstadt von kulturellem Gepräge, wie sie schöner und beeindruckender nicht sein konnte. Danach sah man Niedergang, und auch heute noch kann manchmal traurig über das sein, was sich in Berlin entwickelt hat.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Es war vielleicht wichtig, etwas aus der West-Berliner Sicht zum heutigen Thema zu sagen. (Beifall)

Gesprächsleiterin Dr. Dorothee Wilms (CDU/CSU): Ich glaube, es war wichtig, daß auch einmal durchaus mit Emotionen ein Zeitzeugenbericht dazwischengeschaltet und nicht nur aus den Akten etwas dargestellt wurde.

Nun als letzter längerer Beitrag der von Herrn Dr. Faulenbach.

Sv. Dr. Bernd Faulenbach: Ich hoffe, ich brauche mich nicht sehr lang zu fassen. Zunächst möchte ich gerne zum Verhältnis West-Berlin/Bund Fragen aufwerfen.

Herr Mahncke, insgesamt gesehen ist ja Adenauer in seinen Operationen im Hinblick auf den Berlin-Status sehr vorsichtig gewesen. Vielleicht können Sie Ihrerseits die Motivation der Adenauerschen Berlin-Politik einmal erläutern. Wir haben ja von Herrn Soell eine Interpretation gehört; vielleicht können Sie Ihrerseits das Adenauersche Kalkül näher zu entwickeln versuchen.

Oder noch einmal als Gegenfrage formuliert: Wie würden Sie denn von heute aus eigentlich die Aktivitäten von Bucerius und dem Kuratorium Unteilbares Deutschland, die Hauptstadtfunktion 1956 nach Berlin zu verlegen, beurteilen, gegen die sich Adenauer faktisch gewandt hat? Kann man diese Aktivitäten als eine Form von naivem Aktionismus sehen? Wie würden Sie in der Beurteilung einerseits Adenauers und andererseits derjenigen, die für Berlin eingetreten sind, optieren? Wer hat aus der heutigen Perspektive mit seinen Überlegungen den historisch längeren Atem gehabt? Vielleicht nehmen Sie einmal zu Adenauer und seinen Antipoden Stellung?

An Herrn Soell die Frage: Man hatte in den Diskussionen in Bonn in den fünfziger und auch in den sechziger Jahren zeitweilig den Eindruck, daß es auch im Hinblick auf die Parteipolitik, im Hinblick auf die Berlin-Lobby doch bestimmte Unterschiede gab, daß die Opposition sich stärker für einen Ausbau der Bundespräsenz in Berlin einsetzte. Sehen Sie dies als eine Folge der spezifischen Rolle der Opposition an, oder hat es tiefere Gründe, daß die Berlin-Lobby stärker sozialdemokratisch geprägt war? Dabei bin ich nicht der Ansicht, daß es nicht auch CDU-Leute gegeben hat, die die Berlin-Lobby vertreten haben, ich denke an Jakob Kaiser und andere.

(Abg. Koschyk (CDU/CSU): Wir haben die meisten Fraktionssitzungen in Berlin durchgeführt!)

– Ja, ich werfe es als Frage auf. Darüber kann ja geredet werden, was die parteipolitische Zuordnung angeht.

Übrigens zu Ihnen, Herrn Koschyk, da Sie gerade einen Einwurf machen:

Kann man tatsächlich Adenauers Haltung gegenüber Preußen nur mit dem NS erklären? Wir kennen ja die Haltung Adenauers zu den Preußen, also seine durchaus skeptische Beurteilung Preußens, auch schon in den zwanziger Jahren. Sie sollten einmal so herum fragen – ich sage es ohne Häme –: Gab es nicht auch Grund, sich mit einer gewissen Skepsis gegenüber dem Ambivalenzcharakter von Preußen zu verhalten? War dies nicht eine für einen Rheinländer ganz verständliche Skepsis gegenüber Berlin? Dies würde ich gern als Frage stellen.

(Zuruf von der SPD: Das Verhältnis zu München wäre noch eine eigene Frage!)

– Das wäre eine eigene Frage, ja. – Soviel zum Verhältnis des Bundes zu Berlin, das über all die Jahre Gegenstand der politischen Diskussion in Bonn gewesen ist.

Zu Frau Wisniewski eine Zusatzüberlegung. Sie haben gesagt: Nach 1968 geht es nur noch bergab mit Berlin. Ich will dazu nur die Frage aufwerfen: Hat die Intensität und Schärfe der Auseinandersetzung 1968 und in der Folgezeit in Berlin nicht auch etwas mit dem Frontstadtcharakter Berlins in der vorhergehenden Zeit zu tun? Müßte man die innere Atmosphäre der Stadt mit ihren ambivalenten Zügen nicht ebenfalls in die Betrachtung einbeziehen?

Ein weiterer Punkt die Funktion Berlins für die DDR. Herr Poppe hat dazu schon einiges gesagt: Kommunikationsort, Tor zum Westen, Tor, das verschlossen war, usw. Darüber ist zu Recht hier gesprochen worden. Übrigens wurde Berlin gerade wegen seiner Funktion an der Schnittstelle zwischen Ost und West auch so etwas wie eine Touristenattraktion für den Westen. Der Taxifahrer, der mich heute hierher gefahren hat, hat mir erzählt: Die Touristenströme haben nach dem Fall der Mauer stark abgenommen. Auch dies gehört alles zur Realität von Berlin. Meine Frage zielt mehr auf die Argumentation von Herrn Mitter: Kann man die politischen Motive tatsächlich so auseinanderdividieren, wie er es getan hat, was den Bau der Mauer angeht? Die Fluchtbewegung bezog sich ja sicher auf Bauern, auf kleine Selbständige; aber es ist doch gar keine Frage, daß auch Facharbeiter hinübergekommen sind. Es war doch eher eine Mischung von Repressionsfolgen und Attraktivität des Westens wirksam. Und es wird sich im einzelnen auch gar nicht auseinanderdividieren lassen, wie dieses Verhältnis war. Ich will also fragen, ob nicht bei der Fluchtbewegung beide Momente eine Rolle gespielt haben und sie keineswegs auf ganz bestimmte soziale Gruppen beschränkt gewesen ist.

Was hier nicht diskutiert worden ist, was wir auch mit einbeziehen müßten, wären die Folgen des Mauerbaus. Aus früheren Anhörungen muß man folgendes sagen. Ich habe mich z.B. bei der Anhörung zur Kultur der DDR gewundert, daß es verschiedene Leute gab, die gesagt haben: Zunächst waren wir über den Bau der Mauer gar nicht so beunruhigt, sondern sie schien uns

eine gewisse Konsolidierung zu ermöglichen. Offenbar ist erst auf lange Sicht diese Klaustrophobie entstanden; nicht alle Teile der DDR-Bevölkerung haben anscheinend von vornherein scharf ablehnend reagiert; gerade weil sie in der DDR waren, wollten manche ihrem Hiersein einen Sinn geben und in gewisser Weise auch an diese Konsolidierungsmöglichkeit glauben. Ich erinnere an diese vor dieser Kommission vorgetragenen – für mich eher überraschenden – Äußerungen, die darauf hinausliefen, daß Teile der DDR-Bevölkerung sich die SED-Version der Konsolidierungsmöglichkeit partiell zu eigen gemacht haben.

Die Frage von Herrn Jacobsen wäre auch meine Frage gewesen. Ich will sie nicht wiederholen, möchte aber in diesem Zusammenhang die bündnispolitische Rolle Berlins wenigstens ansprechen. Die Sicherung Berlins war für die Außenpolitik der Bundesrepublik stets eine sehr wichtige, sehr zentrale Frage, die übrigens auch den außenpolitischen Spielraum der Bundesrepublik erheblich eingeengt hat. Wenn wir uns etwa die Auseinandersetzungen zwischen Atlantikern und Gaullisten in den 60er Jahren vergegenwärtigen, so ist deutlich: Die Gaullisten kamen in Argumentationsschwierigkeiten, wenn es um die Sicherung Berlins ging. Das ging eben nicht ohne die Amerikaner. Die enge Bindung an die amerikanische Politik hing u.a. mit der Notwendigkeit der Sicherung Berlins zusammen. Auch dies gehört mit in das Gesamtfeld der internationalen Kontextualität der Berlinfrage.

So weit meine knappen Anmerkungen und Fragen.

Gesprächsleiterin Dr. Dorothee Wilms (CDU/CSU): Ich denke, wir gehen jetzt in den Rhythmus der normalen – bitte, kurzen – Fragen. Ich habe gerade mit dem Herrn Vorsitzenden geklärt, daß wir die Mittagspause verschieben. Ich peile jetzt halb zwei, viertel vor zwei an.

Ich habe sieben Wortmeldungen. Wer noch das Bedürfnis hat, sich zu melden, möge das jetzt tun; wenn es Ihnen recht ist, werde ich dann die Rednerliste schließen. Ich darf vorlesen: Herr von Schorlemer, Frau von Renesse, Herr Hansen, Herr Eppelmann, Herr Dehnel, Herr Weisskirchen, Frau Barbe, Herr Böhm. Darf ich dann mit Ihrer Erlaubnis die Rednerliste schließen, damit wir zum vorläufigen Abschluß kommen? Ich bitte um etwas Kürze, damit wir vorankommen.

Abg. Frhr. von Schorlemer (CDU/CSU): Eine Frage und zwei kurze Anmerkungen. Die Frage richtet sich an Herrn Professor Mahncke, der sehr stark darauf hingewiesen hat, daß sowohl von der damaligen Bundesregierung als auch von den Westmächten die Bestimmungen des Besatzungsstatuts und auch später des Berlin-Status strikt eingehalten worden sind.

Es ist ja im Jahre 1961 beim Mauerbau diskutiert worden, warum Adenauer nicht sofort nach Berlin gefahren ist. Von einigen ist immer behauptet worden, die Amerikaner hätten gesagt, es gehe nicht, das sei eine Sache, in der die Besatzungsmächte besonders gefordert seien, sie wollten die

Innenpolitik herauslassen – mit dem Hinweis, daß es wenige Wochen vor der Bundestagswahl war.

Wie schwierig das strikte Einhalten ist, haben wir als Bundestag ja selbst erlebt, als wir am 10. November 1989 nach Berlin fliegen wollten. Die Maschinen mußten auf Umwegen über Paris und wo auch immer her kommen, damit wir nach Verhandlungen in vier, fünf Stunden überhaupt von Bonn nach Berlin kommen konnten. So strikt wurde das eingehalten.

Jetzt meine Anmerkungen zu Herrn Professor Soell. Natürlich kann man über Adenauer und Berlin besonders sprechen, und, Herr Faulenbach, ich stimme Ihnen zu: Es war so, daß die Randbereiche des großen Preußen, ob Rheinland oder Westfalen, ein besonderes Verhältnis zu Berlin hatten. In Klammern sage ich: Die Preußen haben sichergestellt, daß der Kölner Dom fertiggebaut wurde, und die Kölner haben immer dafür gesorgt, daß der Oberbürgermeister besser dotiert war als der Reichskanzler oder der preußische Ministerpräsident. Die hielten schon etwas voneinander, und die Preußen waren auch so klug, dem Kölner Oberbürgermeister als Repräsentanten der zweitgrößten Stadt Preußens immer die Rolle des Präsidenten des Preußischen Staatsrates zuzubilligen.

Ich würde die kritischen Äußerungen nicht so ernst nehmen. Ich würde auch nicht Herrn Blankenhorn in den Vordergrund stellen, sondern sagen, daß Adenauer in den entscheidenden Fragen, als es wirklich darum ging, die Einbindung der Bundesrepublik in den Westen abzusichern, im Grunde genommen recht hatte. Hier, Herr Professor Jacobsen, will ich Ihnen – nicht aus wissenschaftlicher, sondern aus ganz pragmatischer Sicht eindeutig widersprechen, wenn Sie sagen, daß die Adenauersche Politik gescheitert sei. Das Einbeziehen der Bundesrepublik – 30. Juni 1960, Rede Herbert Wehners vor dem Bundestag, im Grunde genommen das Einschwenken der Opposition auf diese Linie einschließlich der Zustimmung zur NATO – beweist, daß dies der richtige Weg war.

Daß es wirklich der richtige Weg war, dieses Einbeziehen in den Westen, ist uns 1989 am deutlichsten geworden. Denn wo hätten wir gestanden, wenn wir bei dem Ansinnen an unsere Nachbarn, uns im Einigungsprozeß zu unterstützen, nicht gleich hätten sagen können: Wir fühlen uns fest in Europa eingebunden und wollen nicht dazwischen als neutrales Land stehen – ein Thema, das durchaus in den fünfziger Jahren zwischen der Regierung und der Opposition heftig diskutiert wurde. Insofern, glaube ich, ist die von Ihnen zum Ausdruck gebrachte Meinung falsch.

Eine Abschlußbemerkung, Herr Professor Soell, die etwas ketzerisch ist, aber ich sage sie trotzdem und verweise auch auf Herrn Faulenbach. Was mich bei Ihren Bemerkungen zu Berlin und zu Adenauer ein wenig zum Fragen bringt: Warum war die Mehrheit der sozialdemokratischen Abgeordneten im Bundestag – die Mehrheit der Christdemokraten war für Berlin! – nicht für Berlin, sondern für Bonn?

Abg. Frau von Renesse (SPD): Ich möchte die Diskussion um die Frage, was wann gescheitert ist, was hat wie ergänzt oder mit einem Korrektiv versehen werden müssen, nicht fortsetzen. Trotzdem hat meine Frage an Herrn Professor Mahncke etwas damit zu tun. Eines ist ja klar, scheint mir klar zu sein, auch nach dem, was Sie vorgetragen haben: daß es jedenfalls in diesen 40 Jahren Veränderungen gegeben hat.

Mich interessiert die Veränderung des völkerrechtlichen Status von Ost-Berlin. Hat es eine gegeben? Ursprünglich galt der Viermächtestatus für ganz Berlin, und zwar unbestritten; dann wurde heftig darüber diskutiert. 1961 passierte etwas, und Sie sagten, in der Zeit danach, als diese Essential-Diskussion war, wurde das mehr oder minder deutlich für West-Berlin formuliert.

Hat es, abgesehen davon, daß sich die Alliierten natürlich den Zugang zu Ost-Berlin über den Checkpoint Charly aufrechterhielten, so etwas gegeben wie massive Proteste gegen Präsenz und Auftreten von Militär der DDR bei Feiern zum 1. Mai in Ost-Berlin bis zum Schluß?

(Zuruf von der CDU/CSU: Regelmäßig!)

Wie würden Sie charakterisieren, was sich am völkerrechtlichen Status von Ost-Berlin verändert oder nicht verändert hat? Ist das veränderungslos? Im Völkerrecht gibt es ja die *clausula rebus sic stantibus*, und Übungen zwischen den Völkerrechtssubjekten erstarken manchmal auch zu Interpretationskonsensen, um nicht zu sagen zu Rechtsquellen. Gewohnheitsrecht spielt im Völkerrecht eine große Rolle, auch Vertragsgestaltungen, selbst wenn sie schriftlich niedergelegt und fixiert sind, verändern ihre Qualität durch Gebrauch oder Nichtgebrauch. Hat es so etwas wie eine Veränderung für Ost-Berlin gegeben?

Abg. Hansen (F.D.P.): Meine Frage schließt an das an, was Frau von Renesse Herrn Mahncke eben gefragt hat.

Kann man sagen, daß 1961 mit der Kennedy-Rede – den drei Essentials – ein Rückzug der Amerikaner oder der drei Westalliierten aus der bisherigen Position – sprich Viermächteverantwortung – zu konstatieren ist? Ist das ein qualitativer Sprung westlich alliierter Politik, die dann höchstens durch gewisse Protestnoten oder Checkpoint Charly ein bißchen popularisiert wurde, aber nicht ernstgemeint war?

Eine zweite Frage, auch an Herrn Mahncke. Den 22. August 1961 haben Sie zitiert, den Quasi-Schießbefehl will ich es nennen. Ich knüpfe die Frage daran: Ist es eigentlich politisch, vielleicht auch rechtlich, überhaupt notwendig, ein solches Aktenstück zu suchen, zitieren zu können? Auch die Judenvernichtung wird ja nicht auf einen Hitler-Vernichtungsbefehl datiert, der bekanntlich nicht gefunden werden konnte.

Die dritte Frage geht an Herrn Wolle. Gibt es eigentlich im Osten – in Ost-Berlin und in der DDR – Resonanz auf das, was wir ab 1969, auch

1972 Entspannungs- und Ostpolitik genannt haben? Poppe hat mit Recht danach gefragt, was mit 1968 ist, weil das nicht erwähnt worden ist. Was uns im Westen – wenn ich so an meine eigene politische Biographie denke – unglaublich bewegt hat, wie ist das eigentlich in den frühen siebziger Jahren in Berlin, speziell in Ost-Berlin aufgenommen worden?

Letzte Frage an Herrn Mitter. Sie sagen, es läge eine Verwechslung von Ursache und Folgen hinsichtlich des Mauerbaus, der gesellschaftlichen Krise und ähnlichem vor. Sehen Sie bei den sogenannten systemimmanenten „DDRologen“ zu dieser Fragestellung – Ursache oder Folge – eigentlich eine Quellenlage, die sich begründet heranziehen läßt, um Ihre These aus der Sicht dieser DDRologen entweder zu belegen oder zu widerlegen?

Abg. Eppelmann (CDU/CSU): Wir befassen uns ja mit den Themen im Themenfeld 4, weil wir der Meinung waren und sind, wir können das, was in der DDR passierte, nur begreifen, wenn wir auch danach fragen, welche deutsch-deutschen und welche internationalen Rahmenbedingungen es gegeben hat. Wenn ich uns richtig verstehe, geht es immer um die Wechselwirkung. Wir werden ja nicht davon ausgegangen sein, daß es bloß etwas gab, was auf die DDR eingewirkt hat, sondern auch umgekehrt, daß die DDR mit dem, was sie machte oder nicht machte, auf ihre Umwelt wirkte.

Auf diesem Hintergrund eine Feststellung und eine Frage in besonderer Weise an Herrn Mitter und Herrn Wilke. Die Angst vor fremden, mongolischen Horden hat dazu geführt, daß die chinesische Mauer gebaut worden ist. Die offensichtliche Angst vor eigenen, ausreisewilligen Horden hat andere dazu gebracht, die Mauer in Berlin zu bauen.

Welchen Einfluß hat dieser Fakt eigentlich auf die Politiker, auf die Parteien, auf die Journalisten, auf die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik Deutschland und Europa zu den Baumeistern dieses scheußlichen Bauwerks gehabt?

Abg. Böhm (CDU/CSU): Ich möchte mich zunächst einmal an Herrn Dr. Faulenbach wenden. Er führte den Begriff der „Frontstadt“ hier in die Diskussion ein. Das war ja eine ganz bekannte Vokabel des sogenannten Kalten Krieges. Ich meine, daß man diesen Begriff nicht verwenden kann, ohne darauf hinzuweisen, wodurch Berlin zur Frontstadt geworden ist: doch sicher dadurch, daß von der einen – sprich kommunistischen – Seite diese Stadt erobert werden sollte und daß West-Berlin zusammen mit der Bundesrepublik Deutschland die Verteidigung gegen diesen Angriff führte.

Es gehörte dazu, dieses West-Berlin von innen auszuhöhlen, systematisch die Freie Universität, von der wir hier gehört haben, umzufunktionieren in eine – polemisch gesprochen – Kaderschmiede der 68er und damit Unruhe in diese Stadt zu bringen mit dem Ziel, daß der Westen dieser Stadt überdrüssig werden sollte.

Ich erinnere mich an die zahlreichen Flugblätter, die an den westdeutschen Universitäten herumgingen: Kommt jetzt alle nach West-Berlin! Studenten wie wir, marxistische Studenten, wir versammeln uns alle jetzt und in Zukunft in West-Berlin an der FU! Kommt alle dorthin! – Dort war der Boden durch diejenigen vorbereitet, die als Wehrdienstverweigerer eine bestimmte Grundhaltung mitbrachten. Diese Mischung war das Ergebnis einer Strategie.

Das wollte ich zu dem Begriff „Frontstadt“ sagen, der hier eingeführt worden ist.

Ein anderes ist mir in allen Darstellungen und Diskussionen heute aufgefallen: Wir machen – das ist ja sicher auch richtig so – bestimmte Entwicklungen immer an Daten und Ereignissen fest. Ich habe Herrn Professor Wilkes eindringlichen Hinweis auf den 9. November 1989 bis hin zu der Frage, wer eigentlich der erste war, der an diesem Abend nach West-Berlin kam, so verstanden: Wir sollten unsere Geschichte auch an – sagen wir es einmal übertrieben – revolutionären, den Menschen bewegenden Geschehen festmachen, wo von den einfachen Menschen her Aktion geschehen ist.

Deshalb ist ja auch der 3. Oktober als Nationalfeiertag ein wenig mit einem Fragezeichen zu versehen. Das war der Tag, an dem wir bei den alliierten Notaren gewesen waren, und als der Zeiger der Uhr auf null Uhr sprang, da war es so weit, da trat die DDR der Bundesrepublik Deutschland bei. Das ist typisch deutsches Perfektionsstreben. Nachdem wir das alles im Bundesgesetzblatt veröffentlicht hatten, war dann dieser Tag herbeigekommen. Und nun haben wir den 3. Oktober als Nationalfeiertag.

Ich sage das hier deshalb, um darauf zu verweisen: Wir können den 3. Oktober natürlich auch anders sehen. Und jetzt denke ich an Herrn Meckel, der auf Leipzig und andere Städte verwiesen hat. Denn dieser 3. Oktober ein Jahr zuvor war der Tag des Sturms auf den Dresdner Bahnhof. Da waren nicht nur Dresdner beteiligt, sondern Menschen aus allen Teilen der DDR, die flüchten wollten, die die Chance sahen, über Prag herauszukommen, und die an dem Tag auf ihrer Wanderung gen Süden, gen Prag hören mußten, daß nunmehr von den Behörden abgestoppt worden war. Die DDR wollte ab sofort den Reiseverkehr mit der CSSR abstoppen.

Es war der 3. Oktober 1989 – für mich also die innere Rechtfertigung für den 3. Oktober als Nationalfeiertag –, als einfache Menschen aus allen Teilen der DDR – 800 waren es – dort auf den Bahnhof stürmten und von der Polizei zurückgedrängt wurden. Da ging es nicht allzu friedlich zu, obwohl der friedliche Charakter der Revolution auch schon im Verhalten dieser Menschen angelegt war.

Das bringt mich zum letzten, was ich sagen will. Ich bin Herrn Dr. Mitter dankbar, daß er die Fluchtbewegung aus der DDR erwähnt hat, die bei uns – auch hier in der Enquete-Kommission – bisher meiner Meinung nach noch

nicht die entscheidende Rolle gespielt hat, die ihr bei dem Widerstand der Menschen gegen den real existierenden Sozialismus zukommt.

Jede einzelne Flucht war ein individueller Beitritt eines sogenannten DDR-Bürgers zur Bundesrepublik Deutschland, war ein kleines Stückchen vollzogene Wiedervereinigung. Und diese Flüchtlinge haben dann im Westen den Gedanken an die DDR und an die Zusammengehörigkeit aller aufrechterhalten.

Ich meine, daß Berlin als der Ort, an dem diese Möglichkeit zur Flucht bis 1961 – und danach nur noch unter Lebensgefahr – bestand, auch zeigt, daß diese Fluchtbewegung, wenn man sie als Teil des revolutionären Aufgehens gegen den real existierenden Sozialismus sieht, nicht so friedlich verlaufen ist; denn viele hundert Menschen sind bei dieser Flucht gestorben. Sie wurden niedergeschossen oder von automatischen Tötungsanlagen zerfetzt.

Lassen Sie mich das unterstreichen, Herr Dr. Mitter: Deshalb war es so wichtig, daß Sie diese Flucht als eine Art Aufbruch in die Freiheit und nicht Aufbruch zum westlichen Wohlstand, sondern als Abkehr vom Sozialismus, als Abkehr von dem real existierenden Sozialismus bezeichnet haben. Das möchte ich hier noch einmal unterstrichen haben.

Abg. Prof. Weisskirchen (SPD): Es würde natürlich reizen, auf das, was Frau Professor Wisniewski und Herr Böhm angesprochen haben, zu reagieren, nämlich darauf, die Freiheit sei in West-Berlin mit 1968 gestorben. Merkwürdig, da starb ein Student namens Benno Ohnesorg!

(Zuruf: Anschließend starb Drenckmann! – Abg. Frau Prof. Dr. Wisniewski (CDU/CSU): Der demokratische Konsens starb!)

Gesprächsleiterin Dr. Dorothee Wilms (CDU/CSU): Herr Kollege Weisskirchen, ich schalte mich hier ein, weil ich glaube, wir müssen das für das Protokoll festhalten: Es hat niemand gesagt, weder Frau Kollegin Wisniewski noch Herr Kollege Böhm, daß mit 1968 die Freiheit in Berlin gestorben sei. Darauf lege ich als Moderator Wert. Das hat hier niemand behauptet!

Abg. Prof. Weisskirchen (SPD): Ich habe nur Frau Wisniewski so verstanden, daß für sie die Freiheitsgeschichte 1968 einen Wendepunkt erlebt hat. Nun gut, ich habe das so verstanden, liebe Frau Kollegin. Ich möchte darauf jetzt nicht näher eingehen.

Abg. Frau Prof. Dr. Wisniewski (CDU/CSU): Das kann ich so nicht stehenlassen. Nicht die Freiheitsgeschichte ist gestorben; das habe ich nicht gesagt. Ich habe gesagt, daß etwa 1968 der demokratische Konsens gestorben ist – das können Sie überall nachlesen, Herr Weisskirchen –, und ich habe ferner bedauert, daß seitdem ein gewisser Niedergang, ein kultureller Niedergang in Berlin festzustellen ist, was sicher mit den Demonstrationen gewalttätiger Art etc. zusammenhängt.

Abg. Prof. Weisskirchen (SPD): Ich wollte nur darauf hinweisen, daß da jemand anders starb.

(Zurufe: Drenckmann auch! – Der erste war ein Student!)

Es ist also offensichtlich reizvoller, über die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland miteinander zu debattieren, die aber in der Tat – und insofern spielt West-Berlin schon eine zentrale Rolle – hier in einer anderen Weise stattgefunden hat. Darauf, wie das in Ost-Berlin damals gewirkt hat, wollte ich eingehen. Das war ja eine gehälfte Stadt, die aber doch in einer ganz anderen Weise miteinander von innen und von unten her kommuniziert hat. Da gab es in beiden Städten Mitläufe und Gegenläufe.

Wenn wir an das Ende der Geschichte Ost-Berlins gehen, interessiert mich insbesondere, inwiefern dort dieses Mischungsverhältnis zwischen Mitläufen und Gegenläufen empfunden worden ist. Hat es eine Entsprechung in der West-Berliner Debatte gegeben? Ich nehme einmal das Beispiel – es ist etwas unverfänglicher, liebe Frau Professor Wisniewski – der Kulturdebatte, so jemanden wie Peter Wawercinek, den ich immer als jemanden empfunden habe, der bestimmte Traditionen des frühen Dadaismus in seiner Arbeit aufnimmt, eine Mischung zwischen Prosa und Lyrik. Ich sehe, wie er an bestimmten Anfangspunkten angefangen hat und wie es umgekehrt in West-Berlin ebenfalls literarische Mauerspringer gab, die sich nicht zufriedengegeben haben mit der sozusagen etatistischen Hälfung Berlins, sondern wie es im Laufe der Zeit nach dem Mauerbau dann doch so etwas gab, daß von innen und von unten Gegenläufe formuliert worden sind.

Ich will auf ein anderes Beispiel verweisen. Mir gegenüber sitzt ja der Pfarrer Eppelmann, der durch seine Veranstaltungsreihen eine innere Verknüpfung mit dem gehabt hat, was in Westdeutschland oder in Westeuropa ein bestimmter Teil der Friedensbewegung auch gemacht hat, nämlich derjenige, der sich nicht an die NATO und an den Warschauer Pakt binden wollte, sondern der sie überwinden wollte.

Es gab in dieser Stadt in einer ganz anderen Weise, als das anderswo der Fall war, diesen ungeheuren Widerspruch zwischen einerseits denjenigen, die für die Beharrung waren – aber innerhalb dieser Beharrungstendenzen gab es ja auch Aufgeregtheiten –, und andererseits welchen, die versucht haben, diese Beharrung zu überwinden, und insofern ein Moment der Spannung hineingetragen haben. Und diese Spannung war eigentlich eine sehr beruhigende. Ich formuliere absichtlich paradox, weil es in dieser Form auch zu dieser paradoxen Mischung gekommen ist.

Ich frage die beiden, Stefan Wolle und Herrn Mitter, wie diese reziproke Debatte derer, die sich in beiden Hälften der Stadt nicht mit dem Status quo zufriedengeben wollten, verlaufen ist, wie sie miteinander kommuniziert haben und ob es möglicherweise Verbindungslinien gegeben hat, die über den Zustand ihrer Stadt hinausgewiesen haben.

Herr Poppe hat vorhin mit Recht die schwierige gegenwärtige Medien- und Kulturszene der Stadt angesprochen. Könnten Sie sich nicht eigentlich wünschen – und wie könnte das aussehen? –, daß das Moment des vorantreibenden Impulses in dieser Stadt wieder stärker deutlich wird?

Gesprächsleiterin Dr. Dorothee Wilms (CDU/CSU): Jetzt haben wir noch die Fragen von Herrn Dehnel und Frau Barbe – bitte kurz!

Abg. Dehnel (CDU/CSU): Für mich ergibt sich für heute die Frage: Ist es nur symbolisch oder interessant, daß wir heute hier tagen und Geschichte Berlins aufarbeiten und daß zur gleichen Zeit in Bonn über die Durchsetzung von Beschlüssen beraten und gestritten wird?

Eine Frage aber jetzt an Professor Mahncke. Es gibt ja die Legende, daß Thüringen und Sachsen zugunsten der Aufteilung Berlins an die sowjetische Besatzungsmacht gegeben worden sind. Was ist an dieser Legende wahr? Ich frage das deshalb, weil ich selbst damals im Niemandsland geboren worden bin, im berühmten Schwarzenberg, das zwischen den Fronten – Schneeberg und Annaberg – lag, wo sich für wenige Monate eine eigenständige Republik gebildet hatte. Da gab es das berühmte Uran, und die Russen haben ja dann zugegriffen. Hatten die Amerikaner daran kein Interesse oder ist die Aufteilung deshalb so getroffen worden? Diese Frage wird immer wieder gestellt; vielleicht gibt es neuere Erkenntnisse.

Eine Frage an Herrn Dr. Wolle. Ich kann aus eigenem Erleben bestätigen, daß nach dem Mauerbau am 13. August 1961 und nach der Niederschlagung des Prager Frühlings 1968 entsprechende Erklärungen herausgegeben und in den Betrieben verteilt wurden, die dann unterschrieben werden sollten. Es ist mir bekannt, daß schon damals in dem Unternehmen, wo ich beschäftigt war, lediglich 30% unterschrieben haben. Ist Ihnen auch bekannt, daß es damals schon Gruppen gab, die dagegen Stellung genommen, nicht nur nicht unterschrieben haben? Können Sie das bestätigen?

Abg. Frau Barbe (SPD): Eine Frage an Herrn Wolle zum Bau der Mauer. Es steht die Frage von Herrn Faulenbach im Raum, ob es da eine Konsolidierung gegeben hat. Meine Frage geht dahin: Was ist aus den Quellen zu entnehmen? Die Erfahrungen, die ich gemacht habe, waren eher andere.

Erstens sind ja verwandtschaftliche Beziehungen kaputtgemacht worden; das hat bei den Leuten Wut und Empörung ausgelöst.

Zweitens ist vielfach die Hoffnung genährt worden, daß das nicht lange hält, auf gar keinen Fall. Ein paar Jahre würde sich der „Spitzbart“ halten, dann ist Schluß. Aber das hat ja dann leider doch länger gehalten.

Drittens gab es Ohnmacht und Verzweiflung, mit dem Satz dokumentiert: Stellt Kerzen ins Fenster! Wir fühlten uns dort in der Provinz, in einem kleinen Dorf, vom Westen ziemlich allein gelassen.

Das ist auch eine Frage, die ich an die heutige Politik habe. Es geht um den

Umgang mit Diktatoren, darum, wie man ihnen das Handwerk legen kann. Insofern hat die Debatte, die am Wochenende auch bei den Grünen gewesen ist, im Grunde genommen bei uns unterschwellig immer eine Rolle gespielt.

Zum zweiten bedaure ich außerordentlich, daß sich die SPD mehrheitlich gegen Berlin ausgesprochen hat. Da kann ich Ihnen nur beipflichten.

Drittens möchte ich auf die Frage eingehen, die Herr Hansen gestellt hat: Ist es eigentlich notwendig, einen Schießbefehl zu suchen? Es scheint nicht ganz klar zu sein, daß dieses Unrechtssystem, das sozusagen die Stacheln gegen die eigenen Leute gerichtet hat, schon aus dieser Tatsache heraus ein Unrechtssystem war, und das im Gegensatz zur heutigen Nostalgiedebatte, die das ja immer ablehnen will. Das auch zu Herrn Mitter.

Gesprächsleiterin Dr. Dorothee Wilms (CDU/CSU): Vielen Dank allen Kolleginnen und Kollegen für die rege Diskussion, die sehr vertiefenden Fragen und für die zusätzlichen Facetten, die angeboten worden sind.

Ich schlage vor, daß wir nun zuerst unseren beiden Gästen, Herrn Professor Mahncke und Herrn Dr. Wolle, die Möglichkeit zur Beantwortung geben und dann unsere Kollegen aus der Enquete-Kommission ihre Antworten anbieten.

Professor Dr. Dieter Mahncke: Ich danke sehr für die vielfältigen Bemerkungen. Ich fand sie alle interessant und meine, daß man eigentlich über alle ausführlicher diskutieren kann. Ich versuche die, die am häufigsten vorgekommen sind, herauszugreifen und dazu erst einmal etwas zu sagen – und wenn dann noch Zeit ist, zu anderen.

Ich fange mit einem ganz kurzen Punkt, dem letzten, an: Thüringen-Sachsen, die Legende. Natürlich ist das keine Legende, sondern historische Wahrheit, ein Ergebnis der Londoner Protokolle. In den Londoner Protokollen hatte man aufgeteilt, wie das nun sein soll, egal, wo die Truppen am Ende stehen. Beide Seiten waren daran interessiert, weil beide Seiten Angst hatten, daß die andere zuerst kommt.

Es erwies sich dann, daß die westlichen Truppen zuerst da waren, aus welchen Gründen auch immer, in Mecklenburg, Thüringen und Sachsen, also schon in Gebieten, die als sowjetische Besatzungszone vorgesehen waren. Eisenhower hat dann den Vormarsch gestoppt und gesagt: Ich habe nun genug meiner Leute geopfert, nun sollen mal die Russen ihren Teil machen! Und er hat sie Berlin erobern lassen. Dann gab es einen Telegrammwechsel Truman – Stalin, und es wurde beschlossen: Jetzt ziehen wir uns in die vorher vereinbarten Gebiete zurück. Das heißt, die westlichen Truppen zogen sich aus Thüringen, Sachsen, Mecklenburg zurück und zogen gleichzeitig in die Westsektoren Berlins ein.

Ich will nun auf zwei Punkte, die am häufigsten vorkamen, eingehen: Bundespräsenz und Adenauers Politik. Zur Bundespräsenz. Es hieß in der Bundestagsentschließung von Anfang Februar 1957: Um Berlin auf die Haupt-

stadtfunktion vorzubereiten. Aber es ging eigentlich darum, die Bindung zur Bundesrepublik Deutschland zu demonstrieren. Das sollte schwerpunktmäßig geschehen. Hintergrund war, das Engagement der Westmächte zu sichern, also zu sagen: Wenn den Westmächten klar ist, daß sie uns verlieren, wenn sie Berlin aufgeben, festigen wir damit auch die Bindung an Berlin.

Lassen Sie mich ganz kurz zu den „Nageversuchen“ etwas sagen. Der Ausdruck ist vielleicht nicht so ganz richtig; denn „nagen“ bedeutet ja, daß man irgend etwas kaputt machen will. So war es nicht. Aber die Bundesregierungen haben immer sehr viel Wert darauf gelegt, diesen Zusammenhalt zwischen Berlin und der Bundesrepublik Deutschland zu demonstrieren. Sie haben immer, wenn es darum ging, ein Beispiel dafür zu geben, das auch getan – z. B. das Bundesverfassungsgerichtsurteil, oder die Praxis, Gesetze auch in Berlin zu unterschreiben, was ja eigentlich ein Hoheitsakt, ein Amtsakt einer Regierung ist und normalerweise nicht auf Territorium außerhalb geschehen sollte. Solche Maßnahmen gab es laufend. Das habe ich damit gemeint, ohne damit sagen zu wollen, daß man versucht hat, damit die westliche Präsenz zu unterhöhlen.

Ein letztes großes Beispiel für den Aufbau der Bundespräsenz war unmittelbar nach dem Viermächteabkommen von 1971 das Umweltbundesamt. Interessant, daß die damalige Bundesregierung gleich gesagt hat: Jetzt wollen wir mal sehen, ob sich die „Entwicklung der Bindungen“, wie es im Abkommen heißt, auch verwirklichen läßt, und nun tun wir da ein neues Bundesamt hin! Damals hat es ja sehr heftige Proteste von östlicher Seite gegeben, und auch die westliche Seite hat gesagt: Bevor ihr wieder so etwas macht, laßt uns darüber reden!

Nun zu dem generellen Verhältnis Adenauers zu Berlin. Ich glaube, wenn man die Äußerungen von Adenauer – „In Magdeburg lasse ich die Jalousien runter“, „heidnische Stadt“ usw. – als maßgeblich für Adenauers Politik betrachtet, unterschätzt man die politischen Fähigkeiten Adenauers. Ich glaube nicht, daß er sich davon hat bestimmen lassen. Ich stimme auch Herrn Faulenbach in der Auffassung zu, daß es bestimmte Zurückhaltungen gegenüber Preußen gab, für das Berlin – vielleicht ein bißchen zu Unrecht – ein Symbol gewesen ist, die nicht nur von Adenauer, sondern von vielen anderen Leuten auch geteilt wurden.

Das als bestimmend für seine Politik anzusehen, wäre jedoch ungerechtfertigt. Natürlich wurde nicht nur nach der Berlin-Blockade, sondern häufig diskutiert: Soll man Berlin – wir haben immer von Berlin gesprochen, aber faktisch ging es um West-Berlin – enger an die Bundesrepublik binden? Wie kann man das machen? Wie machen wir daraus ein Land usw.? Darüber wurde diskutiert, aber die Ergebnisse waren natürlich andere. Die Ergebnisse waren so, wie sie waren, nämlich: Nein, der Viermächtestatus muß aufrechterhalten werden.

Die Ergebnisse sind ja nicht unwichtig. Ich erinnere daran, was während

der zweiten Berlin-Krise alles in der Eisenhower-Regierung an möglichen Konzessionen diskutiert wurde. Und das erste, was Kennedy gemacht hat, war, durch Averell Harriman erklären zu lassen: Wir fangen ganz neu an, um erst einmal diese anderen „angedachten“ Konzessionen aus dem Wege zu räumen. Insofern ist das letztliche Ergebnis wichtig, was für Argumente Adenauer und Blankenhorn auch immer verwendet haben mögen. Im Jahre 1949 war die Bundesrepublik Deutschland nicht Mitglied der NATO. Wie sollte gerade das exponierte Berlin geschützt werden? Da war es doch auch ein deutsches Interesse, sicher zu sein, daß die Westmächte fest in Berlin sitzen.

Auch das „Symbol der unvollendeten Teilung“ spielt hier eine Rolle. Adenauer hat Wert darauf gelegt. Wäre diese Symbolik, wenn Berlin zu einem ganz normalen Land geworden wäre, reduziert worden? Wahrscheinlich doch etwas.

Zu Adenauers Deutschlandpolitik insgesamt möchte ich folgendes sagen. Adenauer hatte immer, auch während der zweiten Berlin-Krise, Sorge, daß die Westmächte deutschlandpolitische Konzessionen machen würden, um Berlin zu sichern. Wenn er aber an der deutschen Wiedervereinigung interessiert war, mußte er ja auch an Berlin interessiert gewesen sein; denn es wäre wohl kaum möglich gewesen, Deutschland ohne Berlin wiederzueinigen.

Also, ich glaube, diese Dinge sind insgesamt recht komplex, und ich würde sie nicht auf irgendwelche Äußerungen über das „heidnische Berlin“ reduzieren.

(Abg. Koschyk (CDU/CSU): Kontextualität!)

Mit Sicherheit wäre die Mauer auch nicht verhindert worden, wenn Berlin ein Bundesland gewesen wäre, weil die Motive, sie zu bauen, ja ganz andere waren.

Damit bin ich bei der Frage von Herrn Jacobsen, welche Bedeutung das Ende der Berlin-Krise für die Deutschlandpolitik hatte.

Zunächst glaube ich nicht, daß der Bau der Mauer das Scheitern der Adenauer-Politik anzeigte. In den sechziger Jahren wurde generell gesagt, diese Politik ist gescheitert. Augstein, der damals einer der Protagonisten dieser These war, hat sich nun nachträglich entschuldigt und gesagt: Diese Sichtweise war doch nicht richtig. Sie hat die Bedeutung der Mauer überschätzt. So dramatisch ihr Bau war, war sie doch in erster Linie eine defensive Maßnahme der DDR, um aufrechtzuerhalten, was sowieso schon da war. Adenauer hat immer gesagt: Wir müssen unsere Grundpositionen aufrechterhalten, wir müssen Geduld und einen langen Atem haben; dann wird der Tag kommen, an dem die Wiedervereinigung erneut auf der Tagesordnung steht. Dieser Tag werde aus drei Gründen kommen. Erstens werde die Wirtschaft im Osten zusammenbrechen, denn ein solches Wirtschaftssystem lasse sich auf die

Dauer nicht erhalten. Zweitens würden die Menschen das auf die Dauer nicht erdulden. Und drittens – das hat er vielleicht überschätzt – werde die Auseinandersetzung mit China die Sowjetunion schwächen.

Es hat aber Veränderungen in der Deutschlandpolitik gegeben – dem stimme ich zu –, und zwar insbesondere in der SPD die Überlegung, die Sie schon nannten, der Wunsch, neu nachzudenken. Nun ist dieses Nachdenken nicht auf die eine Seite beschränkt gewesen. Ich weiß, in einem Bundestagsausschuß ist es absolut unmöglich, der anderen Seite einmal zuzugestehen, daß sie auch etwas Richtiges getan hat.

Es ist inzwischen nachgewiesen, daß es auch bei Adenauer Nachdenken gegeben hat; 1962 das Burgfriedensangebot; vorher schon die Globke-Pläne – all diese Gedanken hat es gegeben. Ich finde es falsch, heute zu sagen, die Wiedervereinigung sei überhaupt nur durch die neue Ostpolitik der SPD möglich gewesen. Ich finde es auch falsch, zu sagen, sie sei überhaupt nur durch die Adenauerpolitik möglich gewesen. Man muß doch erkennen, daß es ein Geben und Nehmen, ein Zusammenwirken war. Die SPD hat nach dem Bau der Mauer die Anerkennung des Status quo, der „Realitäten“, betont. Die CDU/CSU hat zu Recht gewarnt, dabei zu weit zu gehen. Und das war richtig: Das Verfassungsgerichtsurteil von 1973, das die Ostverträge bestätigt, aber gravierende Einschränkungen gemacht hat, war ganz wichtig für den Fortgang der Deutschlandpolitik und letztlich für die Wiedervereinigung.

Ein Problem bei der Anerkennung der Realitäten war, daß vor allen Dingen die Realität der Macht anerkannt wurde. Es wurde zu wenig die Realität der Unzufriedenheit und des Widerstandes gesehen und anerkannt. Das wurde unterschätzt.

Zu dem Punkt, ob „Nuklearkrieg“ nur Verbalismus gewesen sei, ist schon gesagt worden, daß der Verbalismus in dieser Sache natürlich auch eine Rolle spielte. Doch war es auch ernst gemeint? Ich glaube, letztlich kann man das nicht wirklich beantworten, denn jeder fürchtete einen Krieg. Man wollte alles tun, um einen Nuklearkrieg zu vermeiden – aber wahrscheinlich doch nicht um jeden Preis. Das hat Kennedy gesagt: Es gibt bestimmte Punkte, da sind wir nicht bereit, da müssen wir einen Krieg riskieren.

Gab es Vorbereitungen? Ja, es gab zwei Elemente. Das war einmal die Koppelung auch Berlins an die allgemeine westliche Abschreckung. Es wurde aber auch in der Contingency planning während der zweiten Berlin-Krise über die Anwendung taktischer Nuklearwaffen diskutiert. Heute, nach Tschernobyl, und generell ist uns der Gedanke ziemlich entsetzlich; aber es wurde konkret überlegt, was man in so einer Situation machen kann. Es wurde über einen möglichen Einsatz taktischer Nuklearwaffen nachgedacht, ohne daß gesagt wurde: Um soundsoviel Uhr werden wir die dann einsetzen.

Herr Mitter hat gesagt, die Fluchtwelle sei nicht nur auf die Anziehungskraft des Westens zurückgegangen, sondern auch auf die Politik der DDR, die

forcierte Kollektivierung usw. Ich finde das absolut richtig. Es kam noch ein dritter Faktor hinzu, nämlich die selbstgeschaffene internationale Krise, die auch weiterhin die Fluchtwelle gefördert hat. Es waren also mehrere Elemente.

Chruschtschow hat Ulbricht wiederholt aufgefordert, eine Politik zu machen, damit die Leute ihm nicht immer weglaufen. Es gibt dafür mehrere Beispiele, Protokolle oder Briefe von Chruschtschow. Ich komme allerdings nicht zu der Folgerung, daß die Fluchtwelle nicht trotzdem der eigentliche Grund für die Mauer war. Gerade wenn sie sich erst langsam gesteigert hat: Man hat überlegt, was man tun kann, um diese Ausblutung – und das war es ja – zu verhindern. Es waren auch immer mehr junge Leute, die flohen.

Ganz kurz noch ein paar Punkte. Warum ist Adenauer damals nicht sofort nach Berlin geflogen? Es gibt dazu unterschiedliche Äußerungen. Einer von Adenauers Söhnen hat gesagt, Adenauer habe ihm auf eine Frage, warum er nicht gleich nach Berlin geflogen sei, geantwortet: Die Amerikaner haben mich nicht gelassen; ich wollte ja. Es ist schwer, den Wahrheitsgehalt zu beurteilen. Nehmen wir an, es ist wahr. Es ist möglich, daß hier eine Verwechslung mit der Anreise des Sonderbeauftragten Clay besteht. Als Clay nach Berlin flog, wollte Adenauer mit ihm fliegen. Clay hat das abgelehnt, weil es als Einmischung in den Wahlkampf gesehen werden konnte. Das war aber sehr viel später. Vielleicht hat der Sohn das verwechselt?

Andere, Franz-Josef Bach z. B., damals persönlicher Referent von Adenauer, Anneliese Poppinga, seine Sekretärin, sagen etwas anderes. Sie sagen, Adenauer habe gesagt – das habe ich in dem Gutachten zitiert –: Das hat überhaupt keinen Sinn; was soll ich da? Das putscht nur die Menschen auf, das reizt sie; ich kann ihnen nichts geben. Lassen Sie mich hier aus einem Protokoll des SED-Politbüros eine nette Äußerung wiedergeben. Irgend jemand – ich weiß nicht mehr, wer – hat da einen Bericht über die Johnson-Rede gegeben: Es sei eine typische Rede eines westlichen Politikers gewesen, er habe die Leute ordentlich aufgeputzt, aber gegeben habe er ihnen in Wirklichkeit nichts. Das war Adenauers Position jedenfalls nach Bach, Poppinga und anderen.

Hat sich der völkerrechtliche Status Ost-Berlins verändert? – Prinzipiell nicht, muß man sagen. Es haben sich Dinge faktisch verändert. Wir haben während der Viermächteverhandlungen über Berlin 1971 akzeptiert, daß die DDR für Ost-Berlin verhandeln kann. Die DDR hätte niemals akzeptiert, daß die Bundesregierung für West-Berlin verhandelt; das mußte der Senat tun. Gut, das war so eine gewisse faktische Konzession.

Die Botschaften der Westmächte haben sich, nachdem sie sich lange gesträubt hatten, dann doch in Ost-Berlin angesiedelt, allerdings mit dem Hinweis, daß sie nicht in der DDR, sondern bei der DDR akkreditiert sind. Wie sich diese faktischen Entwicklungen im Laufe der Zeit gewohnheitsrechtlich

ausgewirkt hätten, das weiß man nicht. Man wird es auch nie wissen, weil es nicht so weit gekommen ist. Aber streng völkerrechtlich gesehen hat es keine Veränderungen gegeben, nur diese faktischen Veränderungen, die sich vielleicht hätten auswirken können.

Waren die drei Essentials eigentlich ein Rückzug? Hier muß ich wieder mit Radio Eriwan antworten: Eigentlich nicht. Man hat – mit einigen Ausnahmen – bis 1958 immer von Berlin gesprochen. Man kann aber folgern, daß sich die Garantien der Westmächte nur auf West-Berlin bezogen, weil ja die NATO-Garantie sagte: entweder ein Angriff auf NATO-Territorium oder auf NATO-Truppen; und beides galt ja für Ost-Berlin nicht. Ab 1958 ist dann sehr klargemacht worden, daß die Essentials nur für West-Berlin gelten.

Letzter Punkt. Man muß immer sehr vorsichtig sein: Natürlich ist es richtig, Herr Soell, daß wir 1961/62 die Wehrpflicht verändert haben. Es ist nicht so, daß wir gar nichts gemacht haben. Nur, in der Debatte, als von uns, von der westdeutschen Presse im August und September soviel Kritik an Amerika geäußert wurde, haben die Amerikaner, laut Birrenbach, gesagt: Wir verstehen euch nicht. Wir engagieren uns ganz heftig in West-Berlin, außerdem erhöhen wir den Verteidigungstetät, und ihr seid noch nicht mal bereit, eure Wehrpflichtigen eine Weile zurückzuhalten! Daß wir dann, ein bißchen spät zwar, die Wehrpflicht verlängert haben, ist richtig. (Beifall)

Gesprächsleiterin Dr. Dorothee Wilms (CDU/CSU): Vielen Dank für die Ergänzungen, Herr Mahncke. Ich mache alle Kollegen darauf aufmerksam, daß es ja auch ein Manuskript von Herrn Mahncke gibt, das beim Sekretariat angefordert werden kann, so daß man an Hand der reichen Quellenhinweise den Dingen nachgehen kann.

Herr Dr. Wolle, auch Sie haben einen reichen Fragenkatalog.

Dr. Stefan Wolle: Unter dem Druck des Mittagessens, auf das jetzt alle warten, möchte ich mich auf eine Frage beschränken: Wie wurde das legendäre Jahr 1968 in der DDR reflektiert? Zunächst einmal verbindet sich damit für uns ein doppeltes Datum: zum einen die Niederschlagung des Prager Frühlings, zum anderen die antiautoritäre Studentenbewegung in vielen Ländern, aber eben auch sehr konzentriert in West-Berlin, wie wir alle wissen.

Ich warne jetzt ausdrücklich vor nachträglicher Rechthaberei. Ich glaube, es gibt überhaupt nichts Schlimmeres in der Geschichte. Kontextualität, wie das eben so schön gesagt wurde, ist eben hier mehr als irgendwo angesagt.

Ich glaube mich sehr gut erinnern zu können und habe es sehr ausführlich im Aktenmaterial nachgelesen, daß die Wirkung dessen, was man so mit antiautoritärer Studentenbewegung verbindet, auf den Osten von der Obrigkeit mit sehr, sehr viel Mißtrauen beobachtet wurde. Zum einen wurde der dogmatische Marxismus durch kritische neue Ideen, die aus dem Westen kamen, aufgebrochen. Das wurde als sehr gefährlich angesehen, zum Teil

für gefährlicher erachtet als eine rein bürgerliche Opposition. Bei allen Spintisierungen, die man vielleicht heute, nach 20, 30 Jahren sieht, war das doch die überwiegende Wirkung unter jungen Leuten in der DDR.

Und überhaupt der kulturelle Aufbruch. Es war ja in der DDR eine sehr prude Gesellschaft, eine sehr spießbürgerliche, provinzielle Gesellschaft. Und alles das – ich will es im einzelnen nicht ausführen –, was sich so damit verband, Revolte, Rebellentum, antiautoritäre Haltung, fiel bei uns auf sehr fruchtbaren Boden und hatte eine – für meine Begriffe – sehr positive Wirkung.

Man hat die Bewegung von 1989 sehr oft die Revolution der Vierzigjährigen genannt, und ohne das wissenschaftlich direkt verifizieren zu können, glaube ich doch: Es ist eine typische Biographie derer, die 1989 40 + x waren – ich selbst war in diesem Jahr 39 –, die mit 17 und 18 sehr stark beeinflusst waren einerseits von den Ideen, die von der Jugendbewegung aus dem Westen kamen, andererseits von den Ideen des Prager Frühlings, und das bildete damals bei uns eine Synthese. (Beifall)

Gesprächsleiterin Dr. Dorothee Wilms (CDU/CSU): Vielen Dank für diesen persönlichen Akzent, Herr Wollé. Jeder ist geprägt durch seine Zeit, in der er groß geworden ist. Das müssen wir in unseren Betrachtungen immer mit in Erwägung ziehen.

Ich darf mir den Vorschlag erlauben, daß die drei Kollegen aus der Kommission vor allen Dingen auf die berlinspezifischen Probleme eingehen. Die internationalen Fragen, die auch noch im Raum standen, können vielleicht heute Nachmittag, wenn wir das ganze internationale Feld bedenken, mit eingebracht werden, so daß nichts unter den Tisch fällt.

Abg. Prof. Dr. Soell (SPD): Ich will dieses Thema jetzt auch nicht vertiefen.

Herr Jacobsen, ich gebe Herrn Mahncke mehr Recht, was die Frage der nuklearen Planung selbst für den Fall angeht, daß 1961 wieder eine neue Blockade anstand. Sie war sehr ernsthaft. Das können Sie in den Erinnerungen von Franz Josef Strauß nachlesen, daß gerade die deutsche Seite mehr erschreckt war und versuchte, sich – was die Bundesregierung anging – mit größter Vorsicht zu verhalten. Das muß man ihr ein Stück zugute halten, und das gilt auch gerade insbesondere für Strauß, der zwar gelegentlich Gefangener eigener Rhetorik war, aber in kritischen Momenten – sowohl in der Berlin-Krise wie in der Kuba-Krise – gegenüber der NATO eher für Zurückhaltung plädiert hat. Das muß man einfach konzedieren.

Jetzt aber zunächst zur Frage von Herrn Faulenbach, was die Rolle der damaligen Opposition – es bezieht sich wohl auf die fünfziger Jahre, also vor 1961 – angeht. Da war es sicherlich eine Rollendefinition; aber es war natürlich auch das Erbe von Kurt Schumacher, der das Verhalten der Sozialdemokraten aus der Zeit vor 1933 zur nationalen Frage, jedenfalls

was die theoretische, programmatische Seite betrifft, kritisiert und gesagt hat, das solle der Sozialdemokratie nicht wieder passieren. Die eigene Grenzlanderfahrung eines Mannes, der aus Westpreußen stammte, spielte natürlich auch eine Rolle.

Dazu kam, wie Fritz Erler, der aus dem Prenzlauer Berg stammte und hier aufgewachsen war, es einmal ausgedrückt hat, daß die SPD ohne die östlichen Länder nur auf einem Lungenflügel atmete, weil sie ihre starken Bastionen eben hier in Berlin, in Sachsen und Thüringen hatte. Dies ist ja dann durch die Naziherrschaft und die SED-Herrschaft dramatisch zerstört worden. Deswegen waren die Spekulationen von Ende 1989/1990 nicht tragfähig, die SPD würde nun auf einmal wieder die größte Partei im Osten sein.

Dann komme ich zu den Fragen von Herrn Koschyk und Herrn von Schorlemer. Die Ambivalenzen – der Begriff ist ja bei Faulenbach aufgetaucht – von Adenauer, was Berlin oder die Beurteilung Preußens in der deutschen Geschichte angeht, sind in Teilen bei mir auch vorhanden. Ich bin Badener, noch weiter südlich am Rhein geboren als die Kölner, und insoweit verstehe ich das. Wir haben eine alte Rechnung mit dem alten, reaktionären Preußen.

Aber es gibt eben auch ein anderes Preußen, auch schon vor 1933. Und die Berliner jedenfalls – das habe ich auch in der Debatte um die Frage „Hauptstadt Berlin – ja oder nein“ immer betont – haben vor 1933 jedenfalls antinazistischer gewählt als West- und insbesondere Süddeutschland. Dabei gibt es in Süddeutschland auch wieder erhebliche Unterschiede; daran ist überhaupt kein Zweifel. Und da akzeptiere ich nun weder Adenauers Deutung in der berühmten Kölner Rede vom März 1946 noch die von Herrn Blankenhorn, daß die Süddeutschen nicht gerade die Anhänger Hitlers waren. Da muß man wieder sehr genau unterscheiden.

Es gibt eine bestimmte Variante der österreichischen und der bayrischen Mentalität, jedenfalls vor 1918/19, wo der Antisemitismus und die reaktionäre Stimmung auch von Teilen des katholischen Milieus geprägt sind. Das hat Hitler sehr stark geprägt. Das hat sich verbunden mit einem gewissen norddeutsch-obrigkeitsstaatlichen Verhalten; aber die Wurzeln dieses nationalsozialistischen Radikalismus lagen nicht in erster Linie in Preußen. Das muß man einfach hinzufügen.

Was die operative Seite der Politik angeht: Bei Adenauer war das ganz eindeutig. Er war nicht identisch mit der CDU. Es gab unterschiedliche Flügel. Gegenüber Jakob Kaiser hat er schon im April 1946 gesagt, daß es für den Westen wie für den Süden Deutschlands ganz ausgeschlossen sei, daß nach einer Wiedererrichtung Deutschlands die politische Zentrale des neuen Deutschlands in Berlin ihren Sitz findet. Dabei sei es gleichgültig, ob und von wem Berlin und der Osten besetzt seien. So seine Haltung.

1959 hat er z. B. versucht, die Bundesversammlung in Berlin abzusetzen. Gerstenmaier, ein Süddeutscher, hat gegengehalten und gesagt – es handelte

sich um die Wahl des Nachfolgers von Theodor Heuss: Die Wahl wird weiterhin in Berlin abgehalten. Man muß da sehr genau unterscheiden, Herr von Schorlemer.

Damit bin ich auch schon am Ende. Wenn man die Bayern bei den SPD-Bundestagsabgeordneten abrechnet, wie Sie die CSU von der CDU abgerechnet haben, hätte die Mehrheit der SPD-Abgeordneten auch für Berlin gestimmt.

Und wenn ich jetzt hier nur die aus dem Westen nehme: Gert Weisskirchen und ich stammen aus demselben badischen Raum und haben für Berlin gestimmt, weil die Badener, obwohl sie eine alte Rechnung mit den Preußen von 1849 haben, immer reichstreuer waren. Sie aus Niedersachsen haben ja auch eine alte Rechnung aus dem 66er Konflikt, und trotzdem waren Sie für Berlin. So gleicht sich manches aus.

Gesprächsleiterin Dr. Dorothee Wilms (CDU/CSU): Danke sehr, Herr Soell, auch für die aktuellen Schlußbemerkungen; aber wir wollen jetzt nicht in eine Berlin-Debatte eintreten.

Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke: Die letzten Beiträge haben mich besonders erfreut, weil sie zeigen, wie normal wir wieder werden und daß der deutsche Föderalismus sich seinen Raum schafft. Das ist ja auch nicht schlecht.

Bevor ich zu der Frage nach der Presse zu Berlin und der Mauer komme, will ich noch eine ganz persönliche Anmerkung zu meinem alten Freund Rudi Dutschke – ich darf das sagen – zu Protokoll geben. Rudi Dutschke und Bernd Rabehl – er ist im selben Atemzug zu nennen – kamen aus der DDR. Sie suchten einen dritten Weg. Sie waren zutiefst antikommunistisch in ihrer Gegnerschaft zur Sowjetunion und zur SED.

Wir müssen differenzieren. In dem Moment, als die Studentenbewegung gewissermaßen „verwestdeutsche“, fand eine Abkehr von den deutschen Fragen statt, die der SED „Spielchen“ ermöglichten, die Böhm (Melsungen) angesprochen hat. Aber bei Dutschke und Rabehl waren sie nicht möglich. Das will ich an dieser Stelle noch einmal festhalten, es geht dabei auch um ein Stück meiner eigenen Biographie.

Zu der Frage, wie die Medien, wie Teile der Journalisten auf die Berliner Mauer reagiert haben: Die Grundfrage der Anerkennung ist bereits einmal kurz gestreift worden. Ich will die noch einmal hervorheben, weil nach meiner Beobachtung der sogenannte kritische Journalismus ein sehr genaues Verhältnis dazu hatte.

Die Frage der Anerkennung ist die der Macht, und die SED war eine Macht. Die verschwiegene Anerkennung der Macht durch viele sich als kritisch und entspannungsfreundlich verstehende Journalisten in der Bundesrepublik beinhaltete oft, daß sie in ihrer Berichterstattung rücksichtsvoll respektierten,

daß die SED darüber verfügte, wer in die DDR einreisen darf und wer nicht. Ein Beispiel.

Ich habe den Rauswurf des Spiegelkorrespondenten Jörg Rainer Mettke ganz persönlich miterlebt. Mettke hat verzweifelt versucht, seine lieben Korrespondentenkollegen davon zu überzeugen, daß Solidarität gefordert ist. Er hat damals argumentiert: Wenn ihr akzeptiert, daß die SED akkreditierte Journalisten rauswirft, wie es ihr beliebt, dann werdet ihr verdammt sein, die Hofberichterstattung der SED zu machen und kein Stück mehr. – Dieses Kapitel muß sowieso noch einmal untersucht werden. Hinzu kommen noch: die Steuerpräferenzen der in Ost-Berlin akkreditierten Journalisten, der Antiquitätenhandel, der eine Rolle gespielt haben soll, usw. usw.

Ganz besonders deutlich wurde diese Anerkennung der SED-Diktatur – ein sehr beschämendes Beispiel für Presse und Medien in der Bundesrepublik –, als dieser von vielen verlachte Präsident der Vereinigten Staaten, Ronald Reagan, 1987 vor dem Brandenburger Tor stand und sagte: „Mr. Gorbatschow, der Prüfstein für Ihre ganze Politik ist, ob Sie diese Mauer abreißen und dieses Tor aufmachen!“ Damals war sich der sogenannte kritische Journalismus, der, wie gesagt, immer die Machtfrage in der DDR respektierte, einig in der Verächtlichmachung dieser Forderung. Es war immer die Frage, wie wir uns verhalten, ob wir sie akzeptieren.

Mahncke hat zu Recht gesagt: Entscheidend waren weniger die Modusvivendi-Formulierungen in der jeweiligen Machtsituation, sondern ob wir innerlich bereit waren, darauf zu beharren, das deutsche Selbstbestimmungsrecht gilt auch für die 16 Millionen. Und an diesem Punkt haben sich viele westdeutsche Journalisten versündigt. Ich warte immer noch darauf, daß der Chefredakteur dieses großen Wochenblattes, das in Hamburg als moralische Instanz der Nation jede Woche auftritt, auch noch einmal zu den Erbärmlichkeiten Stellung nimmt, wie seine Redaktion 1986 die Reise in die DDR vorbereitet hat. Ich habe die SED-Akten darüber gefunden und sie damals nicht publiziert. Ich habe mir gesagt: Herrgott, mit dieser Geschichte willst du dich gar nicht befassen; das ist einfach nur devot! Aber der „Unfehlbare“ hat es überhaupt nicht nötig, auch nur darüber zu berichten, wie das Blatt mit Herrn Meyer vom Außenamt der Deutschen Demokratischen Republik untertänigst – anders kann ich es nicht sagen – korrespondiert hat. Die Gesprächspartner in der DDR sollen so ausgesucht sein, daß er nicht wie ein ... – ich möchte das Wort gar nicht wiederholen, das der Chefredakteur an Herrn Meyer schrieb – in der Bundesrepublik dasteht.

Diese ganze Reise ist von Honecker höchstpersönlich inszeniert worden, und anschließend hat Herr Meyer in der Auswertung geschrieben, die „Zeit“-Serie hat ein positives DDR-Bild in den Eliten Westeuropas befördert. Der westdeutsche Opportunismus von Journalisten, die es nicht nötig hatten, ist

eine Sache, über die wir sprechen müssen, und ich danke Rainer Eppelmann, daß er mir Gelegenheit zu dieser Darstellung gegeben hat.

(Abg. Prof. Weisskirchen (SPD): Es gab auch ganz andere Journalisten! –
Abg. Koschyk (CDU/CSU): Wenige!)

Gesprächsleiterin Dr. Dorothee Wilms (CDU/CSU): Wir wollen jetzt Sie, Herr Mitter, hören. Das Thema „Journalisten“ wird uns ja, Herr Kollege Weisskirchen, im Themenbereich 4 noch beschäftigen. Da können wir an den Fragen weiterstricken.

Sv. Dr. Armin Mitter: Ich möchte es angesichts des Bedürfnisses, sich individuell zu unterhalten, sehr kurz machen und auf zwei Punkte eingehen.

Die Fluchtbewegung, um es sehr klar auszudrücken, ist für mich ein Teil einer innergesellschaftlichen Krise in der DDR, die viele Beispiele, viele Facetten hatte. Eine weitere Facette war z. B. der wachsende Widerstand der DDR-Bevölkerung auf unterschiedlichen Ebenen. Dieser Widerstand der DDR-Bevölkerung war nicht etwa auf Reformen orientiert – das waren die wenigsten –, die Leute wollten dieses Regime beseitigen, und zwar nicht bloß bis zum Mauerbau, sondern auch danach.

Die große Zahl an Verhaftungen bis Ende 1961 betraf nicht etwa Leute, die fliehen wollten, sondern Menschen, die in allen Bezirken dieses Landes auf ganz unterschiedliche Art und Weise gegen das Regime gekämpft haben. Es wurden Flugblätter verteilt: „Die rote Diktatur hat die braune abgelöst, wir müssen sie beseitigen!“ Es wurden Flugblätter geschrieben: „Wir können nicht alle in den Westen abhauen; wir müssen kämpfen, dieses Unrechtsregime muß beseitigt werden!“ Das war die gesamtgesellschaftliche Krise.

Mielke, der nun absolut kein Menschenfreund war, hat im Dezember 1961 erklärt, daß die Gefängnisse zu voll seien, man könne nicht mehr weiter verhaften, weil es überhand genommen hat. Man müsse andere Mittel und Methoden finden.

Das nur, um einige Punkte aus dieser innergesellschaftlichen Krise zu benennen.

Das zweite ist die Frage der DDRologen. Das ist natürlich ein sehr komplexes Feld. Für mich am allerwichtigsten ist, daß das fortwirkt. Diese Leute verstehen es heute noch, ihre alten Kontakte, die sie ab Mitte der achtziger Jahre in die DDR geknüpft haben, weiter zu nutzen. Und das ist nicht einmal das Schlimme. Das Schlimme ist, daß die, die wirklich Aufarbeitung der DDR-Geschichte betreiben wollen, die aus der Bürgerbewegung hervorgegangenen Gruppierungen, wieder am Rande stehen. Das Geld wird an Forschungsinstitute geliefert, die sich aus alten Kadern und neuen Kadern aus dem Westen zusammensetzen. Das ist das Entscheidende. (Beifall)

Gesprächsleiterin Dr. Dorothee Wilms (CDU/CSU): Auch Ihnen vielen Dank für diesen engagierten Beitrag, der sehr wichtig ist.

Meine Damen und Herren, wir haben uns bislang das Mittagessen verkniffen; aber ich glaube, es war wichtiger, eine Stunde länger als vorgesehen über die Berlin-Frage zu sprechen. Es war wichtig, ein Thema sehr ausführlich und mit unterschiedlichen Facetten zu behandeln, das in der Diskussion um Deutschlandpolitik, um Aufarbeitung der Vergangenheit der SED, der DDR leider unterzugehen droht.

Deshalb ist es auch wichtig, daß diese Sitzung heute in Berlin stattfand. Wir hätten sie nicht in Bonn durchführen können. (Beifall)

Ich möchte mich im Namen aller meiner Kollegen sehr herzlich bei unseren beiden Gästen, bei Professor Mahncke und Herrn Dr. Wolle, bedanken. (Beifall)

Beide haben uns ganz wertvolle Hinweise gegeben. Herzlichen Dank aber auch an die Kollegen, die sich bereit erklärt hatten, heute etwas ausführlicher in die Thematik einzusteigen, an Herrn Soell, Herrn Wilke und Herrn Mitter.

Ich schließe diesen Teil der Anhörung. Ich gebe meine Moderatortenaufgabe ab.

(Pause)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Meine Damen und Herren, ich hoffe, daß Sie alle gestählt sind und die Pause ein wenig genutzt haben, damit Sie jetzt den Verhandlungen wieder mit höchster Aufmerksamkeit folgen können.

Es geht heute nachmittag um die internationalen Rahmenbedingungen der Deutschlandpolitik einmal von 1949 bis 1955 und zum anderen von 1961 bis 1989. Das heißt, es wird nun, nachdem wir uns am Vormittag stärker – nicht ausschließlich – mit den Beziehungen der beiden deutschen Staaten untereinander und ihrem wechselseitigen Einwirken aufeinander beschäftigt haben, stärker darum gehen: Wie ist das Verhältnis zu den europäischen Nachbarn gewesen? In diese Problematik werden uns zwei Vortragende einführen, die wir eingeladen haben, Herr Hermann Graml vom Institut für Zeitgeschichte in München und Herr Professor Dr. Loth von der Universität/Gesamthochschule Essen. Sie werden in dieser Reihenfolge sprechen. Daran anschließend wird es eine Diskussion geben bzw. es werden Fragen der Mitglieder der Kommission gestellt werden. Dieser Teil der Veranstaltung wird von Professor Jacobsen eröffnet werden, der ein über den Rahmen einer Frage hinausgehendes Statement abgeben wird.

Zunächst erhält, wie gesagt, Hermann Graml das Wort. Er ist 1928 in Miltenberg am Main geboren. Er ist Historiker und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte in München. – Ich freue mich, daß Sie da sind. Vielleicht darf ich noch anfügen, daß Sie der Chefredakteur der vom Institut herausgegebenen Fachzeitschrift „Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte“ sind und außerdem eine ganze Reihe von Veröffentlichungen zu den Themen

der Außenpolitik der Zwischenkriegszeit, des Widerstandes und der nationalsozialistischen Judenverfolgung verfaßt haben.

Hermann Graml: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Bedeutende politische Ereignisse verändern nicht nur Gegenwartsbild und Zukunftserwartung der Zeitgenossen, sondern auch ihre Wahrnehmung der Vergangenheit. Meist entfernt sich dabei die Wahrnehmung von der gewesenen Realität. So ist es nicht sonderlich überraschend, daß uns die Vereinigung der lange getrennten Teile Deutschlands eine Flut von ahistorischen Urteilen über die Geschichte sowohl der Bundesrepublik Deutschland wie der Deutschen Demokratischen Republik beschert, zumal hier Emotionen im Spiele sind, die mit einer wohl nicht zu unterdrückenden Gier nach neuer Deutung der Vergangenheit verlangen. Gerade die entscheidenden Bedingungen der deutschen Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg drohen aus dem Blick zu geraten. So führt die Vorstellung in die Irre, die Wahl anderer als der tatsächlich beschrittenen Wege sei für die Deutschen im Grunde eine Willensfrage gewesen. Zumindest im ersten Jahrzehnt nach Kriegsende stand die politische Entwicklung in Deutschland in Wirklichkeit unter Gesetzen, die den Deutschen die Freiheit der Entscheidung zunächst vollständig und dann noch eine ganze Weile fast vollständig nahmen.

Die deutsche Nachkriegsgeschichte beginnt ja nicht mit der Bildung zweier deutscher Teilstaaten im Herbst 1949; sie beginnt vielmehr am 7. Mai 1945 um 2.41 Uhr, als Generaloberst Jodl, Chef des Wehrmachtsführungsstabes, im Hauptquartier von General Eisenhower, dem Oberbefehlshaber der westlichen alliierten Streitkräfte in Europa, die bedingungslose Kapitulation der Deutschen Wehrmacht unterzeichnete. Der Anlauf des nationalsozialistischen Deutschland unter Hitler, vorerst Europa seiner Herrschaft zu unterwerfen und ein auf die Landmasse zwischen Atlantik und Ural gestütztes Imperium zu errichten, war definitiv gescheitert, damit auch der nationalsozialistische Versuch, Liberalismus und Parlamentarismus in Europa zu beseitigen, alle Erscheinungsformen des Sozialismus und eines Kommunismus marxistischer Observanz zu vernichten und an ihre Stelle einen Totalitarismus biologisch-rassistischer Prägung zu setzen. Zugleich machte die Kapitulation jede Fortsetzung des mit den beiden ersten Zielen aufs engste zusammenhängenden nationalsozialistischen Ausrottungsfeldzugs gegen die im deutschen Macht- und Einflußbereich lebenden Juden unmöglich. Nach langen Jahren der politischen und dann zunächst auch militärischen Defensive hatten die parlamentarischen Demokratien des Westens und die stalinistische Sowjetunion nicht nur ihre Existenz behauptet, sondern einen totalen Sieg errungen.

Als sofortige politische Folge der Kapitulation erlosch zunächst einmal sogar die staatliche Existenz Deutschlands. Die Regierungsgewalt in Deutschland übernahmen nun die in Europa dominierenden Mächte der Alliierten: Großbritannien, Sowjetunion, USA und Frankreich. Mit einer am 5. Juni 1945